



Abteilung Steuergesetzgebung, 25. Februar 2015

Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes

Ergebnisbericht

Zusammenfassung

Die Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes umfasst zahlreiche Änderungen in unterschiedlichen Bereichen der Mehrwertsteuer und erfüllt damit die Motion WAK-N 13.3362. Sie wird von den Vernehmlassenden im Grundsatz mehrheitlich befürwortet. Es sei aber zu beachten, dass die Vereinfachungen der Mehrwertsteuerreform des Jahres 2010 nicht wieder rückgängig gemacht würden.

Die Anpassung der Steuerpflicht ausländischer Unternehmen wird grundsätzlich begrüsst. Auch die Erleichterungen bei der Besteuerung der Gemeinwesen werden überwiegend befürwortet, nicht jedoch die Aufhebung der Steuerausnahme der Parkplätze im Gemeingebrauch. Ebenso werden die Steuerbarkeit von Kleinsendungen aus dem Ausland und die Harmonisierung der Steuerausnahmen im Sozialversicherungsbereich befürwortet. Deutlich befürwortet wird, dass gemeinnützige Organisationen künftig für die Steuerpflicht nicht mehr mindestens 25 Prozent ihres Aufwandes mit Entgelten decken müssen.

Die Wiedereinführung der Margenbesteuerung für Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten und die Besteuerung von Take-away zum Normalsatz, wenn keine geeigneten Massnahmen zur Abgrenzung von gastgewerblichen Leistungen getroffen wurden, werden uneinheitlich beurteilt. Die vorgeschlagene Steuerausnahme für die Gönnerbeiträge an gemeinnützige Organisationen geht einigen zu wenig weit.

Mit grosser Mehrheit abgelehnt werden die Vorschläge, wonach die Ausübung der Option der Eidgenössischen Steuerverwaltung mitgeteilt werden muss, wenn ein offenes Ausweisen der Steuer nicht möglich ist, sowie die Aufhebung der Steuerausnahme für Bekanntmachungsleistungen.

Fast einhellig abgelehnt wird von den Verbänden und übrigen Betroffenen die Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist. Hingegen sprechen sich einige Parteien dafür aus und auch die Gerichte halten die Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist für gerechtfertigt.

Inhalt

1	Ausgangslage	4
2	Die Vernehmlassungsvorlage	4
3	Vernehmlassungsteilnehmende	4
4	Ergebnis der Vernehmlassung	5
4.1	Allgemeines	5
4.2	Die Vernehmlassungsergebnisse im Besonderen	5
4.3	Zusätzliche Vorschläge aus der Vernehmlassung	19
	Anhang	22
	Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes	22
	Révision partielle de la loi fédérale régissant la taxe sur la valeur ajoutée	22
	Revisione parziale della legge sull'IVA	22
	Verzeichnis der Vernehmlassungsadressaten	22
	Liste des destinataires de la procédure de consultation	22
	Elenco dei destinatari della procedura di consultazione	22

1 Ausgangslage

Am 1. Januar 2010 trat das total revidierte Mehrwertsteuergesetz¹ vom 12. Juni 2009 (MWSTG) in Kraft (MWST-Reform 2010). Die in der Praxis mit diesem Gesetz gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass einige Regelungen einer Anpassung bedürfen. Der Bundesrat nahm diese Punkte am 30. Januar 2013 in die vom Nationalrat verlangte Vorlage² zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer (Zwei-Satz-Modell) auf. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) trat jedoch auf diese Vorlage am 22. April 2013 nicht ein und beauftragte den Bundesrat mit der Motion 13.3362, dem Parlament Vorschläge zu einer Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes zu unterbreiten. National- und Ständerat folgten der Empfehlung des Bundesrates und stimmten der Motion am 18. Juni 2013 bzw. 23. September 2013 zu.

Das Vernehmlassungsverfahren wurde am 6. Juni 2014 mit Frist bis am 26. September 2014 eröffnet.

2 Die Vernehmlassungsvorlage

Mit der vorliegenden Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes erfüllt der Bundesrat die Motion 13.3362. Neu sollen insbesondere ausländische wie inländische Unternehmen gleichermassen steuerpflichtig werden, wenn sie weltweit mindestens 100'000 Franken Umsatz erzielen. Kleinsendungen aus dem Ausland an inländische Kundschaft sollen neu ab einem jährlichen Umsatz von 100'000 Franken der Mehrwertsteuer unterliegen. Weiter soll die Margenbesteuerung für Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten wieder eingeführt werden. Ausserdem sind Erleichterungen bei der Besteuerung von Gemeinwesen, die Aufhebung der Steuerausnahme für Bekanntmachungsleistungen und die Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist enthalten. Ferner soll neu die Vermietung von Parkplätzen generell steuerbar sein. Des Weiteren wird die mit der Motion 13.3362 verlangte Harmonisierung der Steuerausnahmen im Sozialversicherungsbereich umgesetzt sowie eine neue Steuerausnahme für die Gönnerbeiträge an gemeinnützige Organisationen vorgelegt.

3 Vernehmlassungsteilnehmende

Zur Vernehmlassung eingeladen wurden neben den Kantonen, Parteien und den nationalen Spitzenverbänden auch betroffene Organisationen und Unternehmen. Insgesamt sind 104 Stellungnahmen eingegangen. Vier Teilnehmende haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet. Inhaltlich zur Sache geäußert haben sich somit 100 Teilnehmende.

Alle 26 Kantone haben eine Stellungnahme eingereicht, wobei der Kanton GL ausdrücklich auf inhaltliche Ausführungen verzichtet hat. Materiell zur Sache haben sich somit 25 Kantone geäußert. Der Kanton BE hat sich mit der Vorlage vollumfänglich einverstanden erklärt.

Fünf Parteien haben sich zu der Vorlage geäußert.

Von den Verbänden und übrigen Betroffenen sind 70 materielle Stellungnahmen eingetroffen.

Das Verzeichnis der 204 Vernehmlassungsadressaten befindet sich im Anhang.

¹ SR 641.20

² BBl 2013 1481

4 Ergebnis der Vernehmlassung

4.1 Allgemeines

Die meisten **Kantone** haben sich in ihren Stellungnahmen auf diejenigen Revisionspunkte beschränkt, die für ein Gemeinwesen von besonderer Bedeutung sind. *Die Kantone AI, AR, BL, GE, GR, SO, SZ, UR und ZG* unterstützen die Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes im Grundsatz. Der *Kanton BE* ist mit der Vorlage vollumfänglich einverstanden.

Die fünf **Parteien** *Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)*, *Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP)*, *Schweizerische Volkspartei (SVP)*, *Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)* und *Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz (BDP)* begrüßen grundsätzlich die vorliegende Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes. Für die SP ganz zentral ist die Wiedereinführung der Margenbesteuerung für Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten, ein Anliegen, das auch mit der inzwischen abgeschriebenen Motion Fässler-Osterwalder (10.3161 "Kunstgegenstände sind keine Gebrauchtwaren") vorgebracht wurde. Die FDP bedauert ausdrücklich, dass der Einheitssatz bisher keine Mehrheit gefunden hat. Die SVP und die FDP unterstützen vollumfänglich die Anträge des Konsultativgremiums.

Economiesuisse hält fest, dass Verbesserungen aus der Totalrevision des MWSTG von 2010 durch die vorliegende Teilrevision nicht wieder rückgängig gemacht werden dürften. Sie lehnt insbesondere die folgenden Vorschläge des Bundesrates ab: die Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist von derzeit 10 auf 15 Jahre (Art. 42 Abs. 6 E-MWSTG), das neu geplante Erfordernis, die Option der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) mitzuteilen, wenn keine Rechnungen ausgestellt werden können (Art. 22 Abs. 1 E-MWSTG) sowie die erneute Anpassung des Begriffs der "eng verbundenen Personen" (Art. 3 Bst. h E-MWSTG).

Die *Treuhand-Kammer* gibt zu bedenken, dass jede Gesetzesänderung erfahrungsgemäss in einem ersten Schritt zu einem höheren Aufwand für die dem Gesetz unterworfenen Personen führe und auch die Rechtsunsicherheit zunächst zunehmen könne, bis Bedeutung und Tragweite der Gesetzesänderungen geklärt seien. Deshalb lehnt sie Gesetzesänderungen, die nicht zwingend nötig sind, prinzipiell ab.

Der *Kanton LU* hält nachdrücklich fest, dass den steuerpflichtigen Gemeinwesen nur wenig Zeit für die praktische Umsetzung der neuen gesetzlichen Bestimmungen bleibe, wenn die parlamentarischen Beratungen über die neue Gesetzgebung für die Sommersession 2015 vorgesehen seien und das neue Mehrwertsteuergesetz am 1. Januar 2016 in Kraft treten solle.

4.2 Die Vernehmlassungsergebnisse im Besonderen

Die Ergebnisse der Vernehmlassung sind nach den einzelnen Gesetzesartikeln gegliedert.

Art. 3 Bst. g

Alle von Seiten der **Kantone** eingegangenen Stellungnahmen äussern sich **zustimmend** zum Entwurf dieses Gesetzesartikels. Die *Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK)*, die *Conférence Latine des Directeurs Cantonaux des Finances* und 18 *Kantone (AG, AI, AR, BE, BL, FR, GE, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SO, SZ, TG, ZG und ZH)* begrüßen die Aufnahme der langjährigen Praxis der ESTV ins Gesetz, wobei der *Kanton LU* eine noch klarere Formulierung gewünscht hätte. Die FDK, die *Conférence Latine des Directeurs Cantonaux des Finances*, die *Kantone GR, NE, OW, SO, VD, VS, ZG und ZH* und mittels Verweis auf die Stellungnahme der FDK auch die *Kantone AG, FR, LU und SG* erwarten von der ESTV in der Praxis die Anerkennung, dass hoheitliche Tätigkeiten von Gemeinwesen an

andere Gemeinwesen, an von Gemeinwesen konstituierte Einheiten oder an Dritte übertragen werden können, ohne dass die Tätigkeiten ihren hoheitlichen Charakter verlieren.

Auch die *SP*, die *Treuhand-Kammer* und der *Schweizerische Städteverband* begrüßen den vorgeschlagenen Gesetzesartikel.

Art. 3 Bst. h

Alle **Verbände und übrigen Betroffenen**, die zu diesem Artikel Stellung nehmen, **lehnen den bundesrätlichen Vorschlag ab** und sprechen sich klar dagegen aus, dass Stiftungen und Vereine „eng verbundene Personen“ sein können; sie bevorzugen deshalb die Variante des Konsultativgremiums. Der bundesrätliche Vorschlag führe zu neuen Abgrenzungsfragen und damit zu Rechtsunsicherheit. So fehle ein klares Abgrenzungskriterium, wann eine "besonders enge Beziehung" vorliegt. Die Non-Profit-Organisationen würden ausserdem gegenüber Kapital- und Personengesellschaften schlechter gestellt. Namentlich der *Schweizerische Versicherungsverband (SVV)* hält fest, gestützt auf die sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen sei es praktisch ausgeschlossen, Pensionskassen-Stiftungen als eng verbundene Personen zu qualifizieren. Die *Treuhand-Kammer* schlägt vor, aus Gründen der Rechtssicherheit die Bestimmung auf die Inhaber von massgeblichen Beteiligungen zu begrenzen und damit den Zusatz "... oder ihren nahestehenden Personen" zu streichen.

Swiss Foundations beantragt, auf eine Änderung des geltenden Artikels 3 Buchstabe h E-MWSTG ganz zu verzichten. Die vorgeschlagene Regelung führe zu Rechtsunsicherheit und sei willkürlich und diskriminierend, indem bei Vereinen und Stiftungen eine enge wirtschaftliche, vertragliche oder personelle Beziehung genügen solle, dieselbe enge - oder sogar noch engere - Beziehung bei juristischen Personen und Personengesellschaften aber nicht relevant sein solle, wenn keine massgebliche Beteiligung vorhanden ist.

Auch das *Schweizerische Rote Kreuz*, die *Blutspende SRK Schweiz* und die *Winterhilfe Schweiz* lehnen die vom Bundesrat vorgesehene Erweiterung der Definition der eng verbundenen Personen auf Stiftungen und Vereine ab. Gratis oder ehrenamtlich geleistete Arbeit dürfe nicht indirekt über die Begriffsumschreibung der eng verbundenen Person besteuert werden. Da heute noch unsicher sei, ob die geplante definitorische Erweiterung auch für sie steuerliche Mehrbelastungen nach sich ziehe, lehnen sie beide Varianten ab. Sollte sich der Bundesrat aber für eine der beiden Varianten entscheiden müssen, würden sie diejenige des Konsultativgremiums unterstützen.

Von den **Parteien** unterstützt einzig die *SP* den bundesrätlichen Vorschlag, während die *FDP* und die *CVP* die Variante des Konsultativgremiums bevorzugen.

Der **Kanton SH** zieht die Variante des Konsultativgremiums vor, die Kantone *TG*, *TI* und *UR* diejenige des Bundesrates, wobei *UR* die Erweiterung der Definition der "eng verbundenen Personen" auf Stiftungen und Vereine ablehnt. Der *Kanton AI* beantragt im Sinne einer Vereinheitlichung der Schwellenwerte für sämtliche Steuerarten, dass auch für die Mehrwertsteuer ein Wert von 10 % gelte.

Art. 7 Abs. 2

Der *Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)* **begrüss**t, dass der Lieferort für Elektrizität und Erdgas neu auch für die Fernwärme gelten soll. Er bemängelt jedoch, mit der Verwendung des Wortes Erdgas werde das Biogas von der Anwendbarkeit des Artikels 7 Absatz 2 E-MWSTG ausgeschlossen. Aus diesem Grund schlägt er vor, den Ausdruck "Erdgas" mit dem definitionsgemäss weiteren Begriff "Gas" zu ersetzen.

Art. 7 Abs. 3

Die *Association Suisse des Diffuseurs, Editeurs et Libraires (ASDEL)*, der *Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband (SBVV)* und der *Verband des Schweizerischen Versandhandels (VSV)* **unterstützen diese Anpassung vollumfänglich**. Durch die Verlagerung des Leistungs-ortes ins Inland werde die Diskriminierung von Schweizer Online-Versandhändlern gegenüber ausländischen Mitbewerbern aufgehoben. Die Schweiz trage damit ausserdem den Regelungen in der EU und der konsequenten Umsetzung des Empfängerland-Prinzips Rechnung. Die Branchenverbände wünschen jedoch generell eine Verbesserung des Vollzugs der Mehrwertsteuer bei Downloads von Software, Musik, Büchern u.dgl. von ausländischen Anbietern.

Auch die *Economiesuisse*, *Treuhand-Suisse* und der *Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)* unterstützen die geplante Gesetzesanpassung, ebenso wie der *Kanton BL* und die *BDP*.

Art. 10 Abs. 1

Die *Treuhand-Kammer* wünscht die Klarstellung, für die subjektive Steuerpflicht genüge, dass im Inland bereits eine einzige Leistung erbracht werde. Der Begriff "Leistungen" müsse deshalb in „Leistung“ geändert werden.

Art. 10 Abs. 1^{quater}

Dieser Vorschlag wird von den **Verbänden und übrigen Betroffenen deutlich abgelehnt**. Es sei zwar zu begrüßen, dass eine Klärung der geltenden Verwaltungspraxis zu der Begründung der Steuerpflicht bei nicht gewinnstrebigem Organisationen angestrebt werde. Die Vertreter der Wirtschaft gehen mit dem Bundesrat überdies einig, dass die Art, wie ein Unternehmen finanziert wird, grundsätzlich keinen Einfluss darauf haben dürfe, ob der Unternehmensträger steuerpflichtig sei oder nicht. Der vorgeschlagene Artikel 10 Absatz 1^{quater} E-MWSTG trage aber gerade nicht zur Klärung und Rechtssicherheit bei. Die *Treuhand-Kammer* schlägt deshalb eine Ergänzung des Artikels 10 Absatz 1^{bis} Buchstabe a E-MWSTG dahingehend vor, dass der Empfang von Nichtentgelten keinen Einfluss auf die Qualifikation des Unternehmensträgers als „unternehmerisch“ oder „nicht-unternehmerisch“ habe; der Absatz 1^{quater} könne damit ersatzlos gestrichen werden. Der *Dachverband gemeinnütziger Stiftungen der Schweiz (Pro Fonds)*, *Pro Infirmitas* und die *Schweizerische Herzstiftung* beantragen, bei der Beurteilung der Frage, wann bei einer gemeinnützigen Organisation eine unternehmerische Tätigkeit vorliegt, sei die gemeinnützige Organisation als einheitlicher Rechtsträger zu betrachten. Von einer Aufspaltung der Organisation in unterschiedliche Bereiche sei abzusehen. Gemeinnützige Organisationen, welche die Mindestumsatzgrenze von 150'000 Franken überschreiten, aber aufgrund hoher Einnahmen aus Spenden und Subventionen nicht als unternehmerisch tätig eingestuft würden, sollten zudem die Möglichkeit erhalten, sich freiwillig der Steuer zu unterstellen. Zu diesem Zweck schlagen sie einen zusätzlichen Artikel 10 Absatz 1^{quinquies} vor, in dem dies geregelt würde. Die *Schweizerischen Bundesbahnen (SBB)* sind der Ansicht, dass der vorgeschlagene Gesetzestext die bestehenden Abgrenzungsfragen zwischen „unternehmerisch“ und „nicht unternehmerisch“ nicht kläre, eine Konkretisierung der Tatbestandsmerkmale zur unternehmerischen Tätigkeit aber notwendig sei. Sie beantragen deshalb, den Vorschlag des Bundesrates durch eine Regelung der Abgrenzungskriterien für unternehmerische und nicht unternehmerische Tätigkeiten im MWSTG zu ersetzen. Das *Schweizerische Rote Kreuz* und die *Blutspende SRK Schweiz* schlagen zur Lösung der Problematik den Verweis auf das Obligationenrecht vor, wonach steuerpflichtig sei, wer ein nach kaufmännischen Grundsätzen geführtes Gewerbe betreibe. Der *WWF Schweiz* verlangt die eindeutige Klärung im Mehrwertsteuergesetz, ob die *Taxe occulte* im Bereich von teilweise aus Spenden finanzierten Organisationen weg falle oder nicht.

Art. 10 Abs. 2 Bst. a

Fast alle **Verbände und übrigen Betroffenen**, die sich zu diesem Vorschlag des Bundesrates geäußert haben, **unterstützen grundsätzlich die Anpassung** der Steuerpflicht ausländischer

Unternehmen. Damit werde wenigstens die mehrwertsteuerbedingte Wettbewerbsverzerrung behoben, die Teile der Schweizer Wirtschaft schwäche und insbesondere für das Baugewerbe in Grenznähe schmerzhaft sei. Ausserdem stelle der Vorschlag die Rechtsgleichheit für Schweizer Unternehmen her, die im umliegenden Ausland mangels Umsatzgrenzen oftmals ab dem ersten Euro steuerpflichtig würden. Die *Treuhand-Kammer* gibt aber zu bedenken, diese Neuregelung führe im Zusammenhang mit der Einschränkung der Bezugsteuer auf Lieferungen in Artikel 45 E-MWSTG dazu, dass sämtliche im internationalen Energiehandel tätigen ausländischen Leistungserbringer im Inland steuerpflichtig würden, sobald ein Unternehmen mit Sitz im Inland von diesen Leistungen bezieht, selbst wenn die Energie nicht im Inland konsumiert, sondern nur damit gehandelt werde. Sie schlägt deshalb vor, solche Energielieferungen weiterhin der Bezugsteuer zu unterstellen und die Erbringer solcher Leistungen in Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe a E-MWSTG von der Steuerpflicht zu befreien, mit Ausnahme derjenigen Fälle, in denen Lieferungen an nicht steuerpflichtige Empfänger erbracht werden. Die *Fédération des Entreprises Romandes (FER)* begrüsst insbesondere, dass im Rahmen des Online-Meldeverfahrens gemäss Entsendegesetz neu auch die Mehrwertsteuernummer abgefragt wird. Nach Ansicht des *Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV)* soll sich der Bundesrat bei Italien und Österreich dafür einsetzen, dass das Betrugsbekämpfungsabkommen auch in diesen Ländern provisorisch angewendet werde, damit der Amtshilfeweg beschritten werden könne.

Die *PC Engines GmbH* hingegen erachtet die Unterstellung ausländischer Unternehmen unter die schweizerische Mehrwertsteuerpflicht als verfehlt. Das "bürokratische Dickicht für Firmen mit internationalen Handelsbeziehungen" würde schlicht unvorstellbar, würden auch andere Länder solche Regelungen vorsehen.

Sämtliche stellungnehmenden **Parteien (BDP, CVP, FDP, SP und SVP)** **begrüssen** grundsätzlich die vorgeschlagene Neuregelung der Steuerpflicht. Damit könne eine mehrwertsteuerliche Bevorteilung der ausländischen Konkurrenz gegenüber den inländischen Unternehmen beseitigt werden.

Auch die **Kantone BE, JU, SH und UR befürworten** diese Neuerung. Der Kanton JU begrüsst grundsätzlich alle Änderungen, die die Wettbewerbsnachteile für Grenzgebiete einschränken. Der Kanton UR regt an, zu prüfen, ob die Ausnahme für ausländische Unternehmen, die ausschliesslich Dienstleistungen erbringen, die im Inland zu versteuern sind, ebenfalls aufgehoben werden solle und sich solche Unternehmen zwingend im Mehrwertsteuer-Register eintragen lassen müssten.

Art. 10 Abs. 2 Bst. b

Der *Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)* fordert eine europakompatible Ausgestaltung der Besteuerung des grenzüberschreitenden Stromhandels. Die Energielieferung von ausländischen Unternehmen an Schweizer Steuerpflichtige solle nicht die Mehrwertsteuerpflicht dieser ausländischen Unternehmen auslösen, sondern der Bezugsteuer unterstehen.

Art. 10 Abs. 2^{bis}

Der *Kanton TG* schlägt vor, eine Regelung zu treffen, dass auch der massgebliche Umsatz, der die Steuerpflicht auslöst, nach den vereinnahmten Entgelten bemessen werden könne. Nach dem geltenden MWSTG könnten die steuerpflichtigen Personen in gewissen Fällen statt nach vereinbarten nach vereinnahmten Entgelten abrechnen, so dass sie die Debitoren nicht erfassen würden. In diversen Branchen könne deshalb gar nicht abgeschätzt werden, ob der nach vereinbarten Entgelten massgebliche Umsatz die Mehrwertsteuerschwelle erreicht habe.

Art. 12 Abs. 3

Die *Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK)*, die *Conférence Latine des Directeurs Cantonaux des Finances* und sämtliche **Kantone**, die materiell dazu Stel-

lung genommen haben, **begrüssen** die Aufhebung der Grenze von 25'000 Franken Umsatz aus Leistungen an Nichtgemeinwesen für die Abklärung der Mehrwertsteuer-Pflicht von Gemeinwesen. Sie führe für die Gemeinwesen zu einer administrativen Vereinfachung und finanziellen Entlastung. Zusätzlich bringe sie mehr Klarheit bei der Bestimmung der Steuerpflicht einer einzelnen Dienststelle. Der *Kanton TG* wünscht zusätzlich eine Regelung beim kurzzeitigen Überschreiten der Limite. Bei einer einjährigen, einmaligen und ausserordentlichen Überschreitung der Betragsgrenze infolge eines speziellen Geschäftsganges solle die Steuerpflicht nicht entstehen. Bei einer einsetzenden andauernden Überschreitung der Limite solle die Steuerpflicht erst im darauffolgenden Jahr eintreten.

Die *Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL)*, die *Université de Genève*, die *Université de Lausanne*, *Treuhand-Suisse*, *Municipalité de Lausanne*, die *Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)*, der *Schweizerische Gemeindeverband*, der *Schweizerische Städteverband* und der *Schweizerische Verband für Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen (VEB)* **begrüssen** den Vorschlag des Bundesrates. Damit werde eine administrative Entlastung der Gemeinwesen erreicht. Der *Schweizerische Städteverband* würde es allerdings befürworten, wenn im Sinne einer weitergehenden Vereinfachung der Mehrwertsteuerpflicht von Gemeinwesen die Umsatzgrenze auf mindestens 150'000 Franken erhöht würde.

Die *Treuhand-Kammer* **lehnt den Vorschlag ab**, die untere Umsatzgrenze von 25'000 Franken ersatzlos zu streichen. Sie begründet die Ablehnung damit, Gemeinwesen hätten bereits im geltenden Recht den Vorteil, dass die Steuerpflicht für jede einzelne Dienststelle zu beurteilen sei. Zudem verstärke die Aufhebung der Umsatzgrenze die Wettbewerbsverzerrungen gegenüber steuerpflichtigen privatrechtlichen Unternehmen. Die Grenze von 25'000 Franken führe ferner nicht zu einem unverhältnismässigen Aufwand für die Gemeinwesen; sie hätten ja die Möglichkeit, auf die Befreiung zu verzichten. Schliesslich sehe der Gesetzesentwurf für die Gemeinwesen neue Steuerausnahmen vor, so dass es sich nicht rechtfertige, auch noch die subjektive Steuerpflicht weiter einzuschränken.

Die **Parteien BDP, CVP, FDP, SP und SVP** stimmen dem Entwurf zu.

Art. 14 Abs. 2 bzw. 2^{bis}

Die Kantone *SH* und *UR*, *Treuhand-Suisse* und der *Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)* sprechen sich für die **Beibehaltung des geltenden Rechts** aus (Variante Bundesrat).

Die **Parteien FDP, SP und SVP** sowie der *Kanton TI* **unterstützen den Vorschlag des Konsultativgremiums**. Es bekräftigt seinen in der Vernehmlassungsvorlage publizierten Vorschlag: Zusätzlich schlägt es vor, seinen Text in dem Sinne zu ergänzen, dass Leistungen nach Artikel 8 Absatz 1 MWSTG von der rückwirkenden Besteuerung ausgenommen seien, damit keine doppelte Belastung desselben wirtschaftlichen Vorgangs mit der Bezug- und der Inlandsteuer drohe. Die *Treuhand-Kammer* vertritt dieselbe Ansicht. Der Vorschlag des Konsultativgremiums bedürfe aber noch einer weiteren Regelung in dem Sinne, wie nach der Beendigung der Steuerpflicht im Inland nachträglich eintretenden Änderungen des Entgelts Rechnung zu tragen sei. Eine Korrektur der abgerechneten Steuer müsse für die ausländischen Unternehmen in Artikel 41 MWSTG rückwirkend auf den Zeitpunkt der Abrechnung der Steuer vorgesehen werden.

Art. 19 Abs. 2 zweiter Satz

Der *Schweizerische Versicherungsverband (SVV)*, die *Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)*, die *Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH)*, die *Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP)*, *Swissuniversities*, *Festspiele Zürich*, die *Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS)*, *Swiss Foundations*, die *Treuhand-Kammer* und der *Schweizerische Verband für Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen (VEB)* **unterstützen** alle den

Vorschlag des Konsultativremiums und damit die Beibehaltung des geltenden Rechts. Aus Sicht der IG DHS liegt eine überwiegende Leistung bereits dann vor, wenn sie wertmässig über 50 Prozent des Gesamtentgelts ausmacht.

Treuhand-Suisse und der *Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)* ziehen die Variante des Bundesrates vor.

Die **Parteien FDP** und die **SVP** unterstützen den Vorschlag des Konsultativremiums und damit die Beibehaltung des geltenden Rechts, während die **SP** den Vorschlag des Bundesrates vorzieht.

Die **Kantone SH** und **UR** unterstützen die Beibehaltung des geltenden Rechts. Demgegenüber zieht der *Kanton TI* den Vorschlag des Bundesrates vor.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 8

Das *Schweizerische Rote Kreuz* und die *Blutspende SRK Schweiz* sind mit diesem Entwurf **einverstanden**. Die *Treuhand-Kammer* beantragt, diese Ziffer in dem Sinne zu ändern, dass die Leistung massgebend sei und nicht wer sie erbringe.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 11

Die *Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL)*, die *Université de Genève* und die *Université de Lausanne* **begrüssen** den Entwurf.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 16

Der *Schweizerische Städteverband* regt an, diese Bestimmung dahingehend zu präzisieren, dass der Kauf von Kunstgegenständen durch Museen von der Mehrwertsteuer ausgenommen sei.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 17

Der *Dachverband gemeinnütziger Stiftungen der Schweiz (Pro Fonds)*, *Pro Infirmis* und die *Schweizerische Herzstiftung* schlagen vor, Fundraisingveranstaltungen jeglicher Art und sämtlicher von den direkten Steuern befreiter gemeinnütziger Organisationen von der Mehrwertsteuer auszunehmen. Damit würde dem Gebot der Rechtsgleichheit entsprochen.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 18

Alle, die sich zu diesem Vorschlag geäussert haben, **unterstützen grundsätzlich den Entwurf**. Der *Schweizerische Versicherungsverband (SVV)* schlägt zur Klarstellung vor, die Formulierung in Buchstabe a mit „Versicherungs- und Rückversicherungsleistungen“ zu ersetzen. Mit dem Buchstaben c sei er einverstanden, sofern die Steuerausnahme im Nichtberufsunfallbereich auch Anwendung auf die Präventionstätigkeit des SVV finde. Die *Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU)* begrüsst, dass die Steuerausnahmen für den Sozialversicherungsbereich harmonisiert und die Gleichbehandlung aller Sozialversicherungsträger gewährleistet werden sollen. Die Neuformulierung von Artikel 21 Absatz 2 Ziffer 18 Buchstabe c E-MWSTG stelle sicher, dass allen Durchführungsorganen aufgrund gesetzlich vorgeschriebener Präventionsaufgaben mehr Mittel zur Erfüllung ihres jeweiligen Auftrages zur Verfügung ständen. Auch die *Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (Suva)*, die *Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS)*, der *Interkantonale Verband für Arbeitnehmerschutz (IVA)*, der *Schweizerische Pensionskassenverband (ASIP)*, die *Gesundheitsförderung Schweiz*, die *Treuhand-Kammer*, die *Treuhand-Suisse*, *Travail Suisse* und der *Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)* unterstützen die vorgeschlagene Änderung.

Der *Kanton ZH* **begrüss**t diese Erweiterung. Damit werde die Gleichbehandlung aller Sozialversicherungsträger gewährleistet und die Zusammenarbeit erleichtert.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 21 Bst. c

Die **Kantone lehnen den Vorschlag des Bundesrates überwiegend ab**. So sprechen sich *AG, AR, BL, BS, GE, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI* und *VS* sowie die *Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK)* und die *Conférence Latine des Directeurs Cantonaux des Finances* klar dagegen aus, im Wesentlichen aus folgenden Gründen: Mit der geplanten Aufhebung der Steuerausnahme für Parkplätze im Gemeindegebrauch werde zwar eine Vereinfachung angestrebt. Für die Gemeinwesen stehe diese jedoch in keinem Verhältnis zum daraus folgenden administrativen, technischen und finanziellen Mehraufwand. Durch die neue Mehrwertsteuerpflicht würden die finanziellen Entlastungen aus der vorgesehenen Erweiterung der Ausnahmen für Gemeinwesen (Art. 3 Bst. g, Art. 12 Abs. 3 und Art. 21 Abs. 2 Ziff. 28 und 28^{bis} E-MWSTG) beinahe wieder zunichte gemacht. Zahlreiche Dienststellen von (kleineren) Gemeinwesen würden neu steuerpflichtig. Gemeinwesen, welche die Mehrwertsteuer überwälzen wollten, müssten bei der Einführung der Mehrwertsteuerpflicht und bei Anpassungen des Steuersatzes ihre Gebührenordnungen revidieren. Dies sei politisch jedoch ergebnisoffen und könne auch Interventionen des Preisüberwachers auslösen. Beides könne die (volle) Überwälzbarkeit der Mehrwertsteuer verunmöglichen. Hinzu komme der personelle und finanzielle Aufwand der Gemeinwesen für das erstmalige und - bei Veränderungen der Mehrwertsteuersätze - wiederholte Umrüsten der Parkuhren. Schliesslich sei die Aufhebung der Steuerausnahme nicht Gegenstand der Motion 13.3362 und damit liege gar kein entsprechender Auftrag des Parlaments vor. Die FDK betont, die bisherige Regelung habe sich trotz gewissen anfänglichen Abgrenzungsschwierigkeiten bewährt.

Demgegenüber **unterstützen** die **Kantone AI, BE, UR und ZG** die Aufhebung der Steuerausnahme für Parkplätze im Gemeindegebrauch. Nach Ansicht des Kantons ZG überwiegen die Vorteile aus der Vereinfachung der Anwendung des Mehrwertsteuergesetzes die Nachteile des politischen, administrativ-technischen und auch finanziellen Mehraufwands bei der Umsetzung.

Die **Verbände und übrigen Betroffenen** beurteilen die geplante Aufhebung der Steuerausnahme für Parkplätze im Gemeindegebrauch **kontrovers**. Der *Schweizerische Städteverband* und der *Schweizerische Gemeindeverband* lehnen die Streichung der Ausnahme ab. Die angestrebte Vereinfachung bringe den Nicht-Gemeinwesen keinerlei Vorteile, für die Gemeinwesen aber massive Nachteile. Sie werfen zudem die Frage auf, ob es sich bei diesen Gebühren nicht um Mittelflüsse aus hoheitlicher Tätigkeit handle, die gestützt auf Artikel 18 Absatz 2 Buchstabe I MWSTG gar nicht in den Anwendungsbereich der Mehrwertsteuer fallen würden. Auch *Treuhand-Suisse*, die *Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)*, das *Konsultativgremium*, *Municipalité Lausanne*, der *Verband des Strassenverkehrs (Strasseschweiz)* und der *Touring Club Schweiz (TCS)* lehnen die vorgesehene Aufhebung ab. Der Vorschlag stehe in Widerspruch zur allgemeinen Stossrichtung dieser Vorlage, die Gemeinwesen zu entlasten.

Das *Centre Patronal (CP)*, *Coop Genossenschaft (Coop)*, die *Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS)*, der *Schweizerische Gewerbeverband (SGV)*, der *Verkehrs-Club der Schweiz (VCS)* und der *Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)* **begrüssen** demgegenüber den Vorschlag des Bundesrates.

Die **Parteien BDP, CVP, FDP, SP und SVP stimmen** der vom Bundesrat vorgesehenen Änderung **zu**.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 27

Die geplante Streichung dieser Bestimmung wird von den **Verbänden und den übrigen Betroffenen überwiegend abgelehnt**, weil sie zu Mehrbelastungen führe. Diese seien aber seit der Einführung des Artikels 33a des Mehrwertsteuergesetzes vom 2. September 1999 nicht

gewollt. Es sei stossend, dass über eine ersatzlose Streichung der Steuerausnahme eine generelle Besteuerung von Bekanntmachungsleistungen erzielt werden solle. Die Streichung stelle einen Rückschritt bei der steuerlichen Entlastung von vielen Non-Profit-Organisationen dar. Die aktuelle Steuerausnahme der Bekanntmachungsleistungen habe die Funktion, bei einer Leistung, die qualitativ zwischen dem blossen Verdanken und einer eigentlichen Werbeleistung liegt, die Besteuerung von gemeinnützigen Organisationen zu verhindern. Ausserdem habe sich die geltende Regelung in der Praxis bewährt. Namentlich das *Schweizerische Rote Kreuz*, die *Blutspende SRK Schweiz* und die *Winterhilfe Schweiz* führen an, dass die vorgeschlagene Streichung den Fortschritt bei der steuerlichen Entlastung trotz erweitertem Spendenbegriff in Artikel 3 Buchstabe i MWSTG wieder zunichtemachen würde. Sie beantragen, die geltende Ziffer 27 unverändert im Gesetz beizubehalten. Sollte dies nicht möglich sein, postulieren sie die Erhöhung der Mindestumsatzgrenze von bisher 150'000 Franken auf mindestens 500'000 Franken, damit der personelle Aufwand in Steuersachen für kleine Hilfswerke und gemeinnützige Organisationen nicht ausufere. Die *Treuhand-Kammer* schlägt die Beschränkung der Steuerausnahme auf Leistungen von gemeinnützigen Organisationen zugunsten Dritter vor; ferner sollen Bekanntmachungsleistungen als Leistungen mit Reklamecharakter gemäss Artikel 52 Mehrwertsteuerverordnung³ vom 27. November 2009 (MWSTV) umschrieben werden.

Die **Kantone AI, AR, BE, BL, GE, SZ, TI, UR, VD und ZG begrüssen** die geplante Streichung der Steuerausnahme für Bekanntmachungsleistungen. Der *Kanton SO* lehnt diese Änderung ab; er wäre mit der Streichung aber dann einverstanden, wenn der Regelungsgehalt dieser Steuerausnahme umfassend in Artikel 3 Buchstabe i MWSTG übernommen würde.

Die **Parteien BDP, CVP, FDP, SP und SVP stimmen** der vom Bundesrat vorgesehenen Änderung zu.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 28 Bst. a – c und Abs. 6

Die *Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK)*, die *Conférence Latine des Directeurs Cantonaux des Finances* und alle stellungnehmenden **25 Kantone begrüssen** grundsätzlich die Erweiterung der Ausnahmen für Leistungen unter Gemeinwesen nach Absatz 2 Ziffer 28. Sie erwarten neben einer finanziellen Entlastung auch eine Vereinfachung in der Handhabung. Der *Kanton GR* stellt jedoch den Antrag, in Artikel 21 Absatz 2 Ziffer 28 Buchstabe a E-MWSTG bloss "zwischen Gemeinwesen" zu schreiben. Erst mit diesem Wortlaut könne eine wirkliche Entlastung und Vereinfachung - administrativ und finanziell - für die Gemeinwesen erreicht werden. Die vorgeschlagene neue Ziffer 28^{bis} erübrige sich damit. Der *Kanton TG* regt an, in den Buchstaben b und c auch diejenigen Betriebe zu erwähnen, an denen zwar nicht ausschliesslich Gemeinwesen beteiligt sind, die jedoch gestützt auf einen Leistungsauftrag öffentliche Aufgaben erfüllen. Der *Kanton UR* beantragt, die Buchstaben b und c so zu formulieren, dass es für die Steuerbefreiung nicht massgebend sei, ob das Gemeinwesen, das Leistungen bezieht, an der Gesellschaft beteiligt ist (Bst. b) bzw. an der Gründung beteiligt war (Bst. c).

Die **Kantone BE, TG und ZH begrüssen** die vorgeschlagene Definition der Organisationseinheiten eines Gemeinwesens in Absatz 6. Der *Kanton ZH* hält jedoch fest, es sei irritierend, dass bei den Gesellschaften auf die Beteiligung im Zeitpunkt der Steuerpflicht, bei den Anstalten und Stiftungen aber auf die Beteiligung im Zeitpunkt der Gründung abgestellt werden solle. Eine einheitliche Bestimmung der massgebenden Beteiligung bei Gesellschaften, Anstalten und Stiftungen sei sachgerechter.

Die **Parteien BDP, CVP, FDP, SP und SVP unterstützen** die vorgeschlagenen Änderungen.

Von den **Verbänden und übrigen Betroffenen begrüssen** die *Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)*, die *Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH)*, die

³ SR 641.201

Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP), Swissuniversities, die Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL), die Université de Genève, die Universität de Lausanne, Treuhand-Suisse, Municipalité Lausanne, der Schweizerische Städteverband und die Treuhand-Kammer den bundesrätlichen Vorschlag. Er führe zu einer gewissen Vereinfachung in der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinwesen und erlaube eine Kostenoptimierung durch das Ausschöpfen von Synergien. Für die Treuhand-Kammer läuft der Vorschlag aber Gefahr, zu restriktiv zu sein, wenn er auf Gesellschaften, an denen „ausschliesslich“ Gemeinwesen beteiligt sind, beschränkt bleibe, was auch die kleinste Beteiligung eines Nichtgemeinwesens von Vornherein ausschliesse. Sie schlägt deshalb vor, in den Buchstaben b und c statt „ausschliesslich“ den Ausdruck „im Wesentlichen“ zu verwenden (betrifft den deutschen Text).

Hingegen **lehnen** von den **Verbänden und übrigen Betroffenen den Entwurf ab**: Der *Schweizerische Versicherungsverband (SVV), Economiesuisse, das Centre Patronal (CP), Services Industriels de Genève (Sig-ge), der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) und der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)*. Verselbständigte Gesellschaften, an denen ausschliesslich Gemeinwesen beteiligt sind, seien mit anderen Gesellschaften, an denen Private beteiligt sind und die dieselben Aufgaben erfüllen, im Sinne der gesetzlich normierten Wettbewerbsneutralität gleich zu behandeln (Art. 1 Abs. 3 Bst. a MWSTG). Der VSE führt ausdrücklich an, die vorgeschlagenen Bestimmungen würden wettbewerbsverzerrend wirken, müsse doch ein privates Unternehmen, das einem Gemeinwesen Netze zur Verfügung stellt und Energie liefert, alle Leistungen versteuern, während der Bezug derselben Leistungen durch das Gemeinwesen bei einem Unternehmen nach Artikel 21 Absatz 2 Ziffer 28 E-MWSTG von der Steuer ausgenommen sei. Die vorgeschlagenen Bestimmungen seien ferner nicht europakompatibel (Art. 13 Abs. 1 Unterabs. 3 MwStSystRL). Der VSE beantragt deshalb, die mit Artikel 21 Absatz 2 Ziffer 28 und Absatz 6 E-MWSTG vorgeschlagene Steuerausnahme auf Leistungen eines Gemeinwesens im Bereich des Transports, der Verteilung sowie der Lieferung von Energie für nicht anwendbar zu erklären.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 28^{bis}

Die *Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK), die Conférence Latine des Directeurs Cantonaux des Finances* und alle stellungnehmenden **25 Kantone begrüssen** diese Steuerausnahme. Der *Kanton GR* gibt allerdings zu bedenken, dass dadurch neue Abgrenzungsfragen aufkämen, da der Personalverleih weiterhin steuerbar bleibe, wenn nicht nur Personal, sondern auch Maschinen oder sonstige Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden oder wo die gesamte Aufgabe ausgelagert werde. Mit der von ihm vorgeschlagenen Formulierung des Artikels 21 Absatz 2 Ziffer 28 Buchstabe a E-MWSTG könne die Ziffer 28^{bis} ersatzlos gestrichen werden. Der *Kanton UR* wünscht ausdrücklich die Erweiterung der Steuerausnahme auf das Zurverfügungstellen von Maschinen und sonstiger Infrastruktur. Der *Kanton TG* beantragt in Ergänzung zu dieser Ziffer, dass sämtliche Leistungen zwischen Gemeinwesen von der Steuer ausgenommen werden, da die Besteuerung von Leistungen zwischen Gemeinwesen systemfremd sei.

Von Seiten der **Verbände und übrigen Betroffenen begrüssen** die *Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS), die Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH), die Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP), Swissuniversities, Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL), die Université de Genève, die Universität de Lausanne, Treuhand-Suisse, Municipalité Lausanne* und der *Schweizerische Städteverband* den bundesrätlichen Vorschlag. Für CRUS, KFH, COHEP und Swissuniversities ist jedoch fraglich, weshalb andere Formen der Kooperation nicht unter diese Steuerausnahme fallen sollen. Ausserdem sei das steuerausgenommene Zurverfügungstellen von Personal gemäss Ziffer 13 und 28^{bis} in einer einzigen Ziffer zu vereinen.

Der *Schweizerische Versicherungsverband (SVV)* **lehnt den Entwurf ab**, weil er die Privatwirtschaft diskriminiere und zu Ungleichbehandlungen und zu inakzeptablen Wettbewerbsverzerrungen führe.

Die **Parteien BDP, CVP, FDP, SP und SVP unterstützen** den Gesetzesentwurf.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 30 und Abs. 7

Die *Kantone BE, TG und ZH begrüssen* die Übernahme der Bestimmungen über die Bildungs- und Forschungsk Kooperationen aus der Verordnung ins Gesetz.

Auch die *Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)*, die *Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH)*, die *Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP)* und *Swissuniversities*, die *Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL)*, die *Université de Genève* und die *Université de Lausanne begrüssen* diese Normstufenbereinigung.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 31

Festspiele Schweiz, Treuhand-Suisse, die *Schweizerische Gesundheitsligen-Konferenz (GELI-KO)*, *Lungenliga Schweiz*, der *Dachverband gemeinnütziger Stiftungen der Schweiz (Pro Fonds)*, *Pro Infirmis*, *Swiss Foundations* und die *Schweizerische Herzstiftung begrüssen* die neue Ausnahme. Gönnerbeiträge sollten nicht der Mehrwertsteuer unterliegen. Der *Kanton TI* stimmt mit der politischen Stossrichtung überein, er zieht aber den Wortlaut des französischen Entwurfs demjenigen des deutschen und italienischen Textes vor.

Die *Caritas* und die *Schweizerische Rettungsflugwacht (Rega)* **lehnen die vorgeschlagene Steuerausnahme jedoch ab** und fordern, den Spendenbegriff im Sinne der parlamentarischen Initiative Frick (11.440) entsprechend auszuweiten. Auch das *Schweizerische Rote Kreuz*, die *Blutspende SRK Schweiz* und die *Winterhilfe Schweiz* plädieren dafür, den Spendenbegriff weit auszulegen, wie dies die parlamentarische Initiative Frick vorsehe. Sollte dies nicht möglich sein, werde Ziffer 31 begrüsst. Die *Treuhand-Kammer* lehnt den bundesrätlichen Vorschlag ab, weil er dem Artikel 3 Buchstabe i MWSTG widerspreche, gemäss welchem zwischen Gönner und Empfänger des Gönnerbeitrages gerade keine Leistung vorliege.

Art. 22 Abs. 1 und 2 Bst. b

Fast einhellig abgelehnt wird von den **Verbänden und übrigen Betroffenen** der **Vorschlag des Bundesrates**, wonach die Ausübung der Option der ESTV mitzuteilen ist, wenn ein offenes Ausweisen der Steuer nicht möglich ist. Damit würden die Verbesserungen aus der MWST-Reform 2010 wieder rückgängig gemacht. Es genüge, wenn auf dem Abrechnungsformular die optierten Leistungen erfasst werden (**Variante des Konsultativgremiums**).

Die **grosse Mehrheit** der **Verbände und übrigen Betroffenen** schliesst sich ferner der Variante des Konsultativgremiums an, wonach die Option nur dann ausgeschlossen werden soll, wenn das Objekt effektiv ausschliesslich für Wohnzwecke genutzt wird.

Die *FDP* und *SVP* sowie der *Kanton SH* bevorzugen die Varianten des Konsultativgremiums, die *SP* diejenigen des Bundesrates.

Die *Kantone UR* und *TI* unterstützen betreffend Absatz 1 die Variante des Bundesrates, betreffend Absatz 2 diejenige des Konsultativgremiums.

Art. 23 Abs. 2 Ziff. 3 und 3^{bis}

Nach Ansicht von *Swiss-Banking* führt diese Regelung bei den Steuerpflichtigen zu einem Mehraufwand, obwohl materiell keine neue Anforderung für die Mehrwertsteuerbefreiung bestehe. Deshalb sei jeweils der letzte Halbsatz der Ziffern 3 und 3^{bis} zu streichen.

Art. 23a

Die **Verbände und übrigen Betroffenen** beurteilen diese Bestimmung **uneinheitlich**. *Economiesuisse*, das *Konsultativgremium*, *PC Engines GmbH*, *Travail Suisse*, der *Schweizerische Verband für Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen (VEB)*, der *Auto Gewerbe Verband Schweiz (AGVS)* und der *Verband des Strassenverkehrs (Strasseschweiz)* **begrüssen grundsätzlich die Wiedereinführung der Margenbesteuerung** für Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten. Die *Treuhand-Kammer* erklärt, sofern der fiktive Vorsteuerabzug bei Kunstgegenständen tatsächlich zu derart grossen Problemen führe, wie dies der Bundesrat geltend mache, sei gegen eine Wiedereinführung der Margenbesteuerung nichts einzuwenden. Allerdings sei für ihre Anwendung entscheidend, dass es sich um Gegenstände handelt, die gesammelt werden; es müssten sich nicht um Gegenstände aus einer Sammlung handeln. Die Begriffsumschreibung sei entsprechend anzupassen. Zudem sei die Margenbesteuerung systematisch richtigerweise nach der Bemessungsgrundlage anzusiedeln und damit als Artikel 24a E-MWSTG einzufügen. Die *Economiesuisse* und das *Konsultativgremium* vertreten dieselbe Ansicht. Der *AGVS* und *Strasseschweiz* führen aus, dass die Wiedereinführung der Margenbesteuerung für Veteranenfahrzeuge aus Praktikabilitätsgründen keinen Sinn mache.

Demgegenüber **lehnen** der *Kunsthandel Schweiz*, der *Verband Schweizerischer Auktionatoren* und der *Verband Schweizer Galerien (VSG)* **die Wiedereinführung der Margenbesteuerung klar ab**. Sie habe die Steuerpflichtigen damals der hohen formalen Anforderungen wegen vor grosse Schwierigkeiten gestellt und sei deshalb im Rahmen der MWST-Reform 2010 durch das Institut des fiktiven Vorsteuerabzugs ersetzt worden. Dieses System habe sich in der Praxis bewährt und sei folglich beizubehalten. Ein erneuter Systemwechsel würde die betroffenen Branchen zudem schon wieder vor einen unverhältnismässigen Anpassungs- und Umstellungsaufwand stellen.

Die **Parteien BDP, CVP, FDP, SP und SVP** unterstützen grundsätzlich die Vorlage und damit auch die Wiedereinführung der Margenbesteuerung. Für die SP ist sie das Kernstück der vorliegenden Revision und entsprechend zwingend.

Der **Kanton JU** lehnt die Wiedereinführung der Margenbesteuerung ab, während die *Kantone BE und UR* sie unterstützen. Die übrigen Kantone haben sich zu diesem Thema nicht geäussert.

Art. 25 Abs. 3

Die **meisten Verbände und übrigen Betroffenen**, nämlich *Coop Genossenschaft (Coop)*, die *Treuhand-Suisse*, die *Interessengemeinschaft Detailhandel (IG-DHS)*, die *Selecta AG*, der *Vending Verband Schweiz (VVS)*, der *Verband des Schweizerischen Versandhandels (VSV)*, der *Schweizerische Städteverband* und die *Treuhand-Kammer* sprechen sich entschieden **gegen die Änderung** aus. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Anpassung würde zu einer Steuerbelastung alleine aus formellen Gründen führen und dies erst noch unter Verwendung des unbestimmten Rechtsbegriffs "keine geeigneten organisatorischen Massnahmen". Die *Treuhand-Kammer* sagt, es gehe nicht an, einen Steuerpflichtigen zu "bestrafen", indem alle seine Umsätze zum Normalsatz besteuert würden; wenn eine Ermessenseinschätzung notwendig sei, müsse diese vorgenommen werden.

Demgegenüber sind *Gastrosuisse* und der *Schweizerische Verband für Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen (VEB)* für die **Änderung**, weil damit eine Ermessenstaxation durch die ESTV verhindert werden könne bzw. für die Unternehmen Klarheit geschaffen werde.

Die **Parteien** FDP und SVP bevorzugen die Beibehaltung des geltenden Rechts, während die SP die Änderung unterstützt.

Die **Kantone** SH und TG bevorzugen die Beibehaltung des geltenden Rechts, die Kantone UR und TI unterstützen die Änderung.

Art. 28 Abs. 3

Die *Treuhand-Kammer* wünscht im Gesetz eine Klarstellung in dem Sinne, dass der neue Absatz 3^{bis} sich auf die Absätze 2 und 3 beziehe.

Art. 29 Abs. 4

Der *Schweizerische Versicherungsverband (SVV)* begrüsst die Präzisierung, dass das Wahlrecht nur durch die steuerpflichtige Person ausgeübt werden könne.

Art. 37 Abs. 3

Der Kanton TG begrüsst die Streichung der Verpflichtung der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) zur regelmässigen Prüfung der Angemessenheit der Saldosteuersätze.

Ebenso sind die *Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL)*, die *Université de Genève* und die *Université de Lausanne* für diese Streichung.

Art. 38 Abs. 1

Die *Treuhand-Kammer* regt an, mit der Anpassung dieser Bestimmung zugleich in Buchstabe b den Begriff „anderen“ zu streichen. Damit werde klargestellt, dass die zivilrechtliche Behandlung und Abwicklung einer Umstrukturierung nicht entscheidend sei.

Art. 42 Abs. 6

Die Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist wird von den **Verbänden und übrigen Betroffenen ganz überwiegend abgelehnt**. Hingegen sprechen sich von den **Parteien** neben der **SP** auch die **BDP** und die **CVP** dafür aus.

Von den **Kantonen** befürworten drei die Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist (SZ, TI, UR), während drei sie ablehnen (SH, TG, ZH). Der Kanton SZ weist ausdrücklich darauf hin, dass 15 Jahre dem Standard des Bundessteuer- und Zollrechts entsprächen.

Die Ablehnung wird generell damit begründet, dass die mit der MWST-Reform 2010 eingeführten Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung hinfällig würden und die ursprünglich verfolgten Ziele, Steuerpflichtigen zu rascheren Verfahren und schneller zu Rechtssicherheit zu verhelfen, nicht mehr erreicht werden könnten. Zudem seien insbesondere für kleinere Unternehmen die damit verbundenen Aufbewahrungspflichten und damit die erhöhten Kosten einer verlängerten Verjährungsfrist nicht erfüllbar.

Das *Schweizerische Bundesgericht* teilt die Auffassung des Bundesrates, dass die heutige Regelung der absoluten Verjährungsfrist problematisch sei. Allerdings bleibe die Grundproblematik auch bei einer Verlängerung der Verjährungsfrist bestehen, dass nämlich der Weiterlauf der Verjährung während gerichtlicher Verfahren dazu einlade, Rechtsmittel mit dem einzigen Zweck zu ergreifen, die Verjährung zu erwirken. Eine Lösung könne darin bestehen, dass die Verjäh-

nung nach einem erstinstanzlichen Urteil nicht mehr weiterlaufe. Das *Schweizerische Bundesverwaltungsgericht* hält eine Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist für gerechtfertigt. Um den drohenden Eintritt der Verjährung zu verhindern, müsste das Gericht nämlich die „Mehrwertsteuer-Fälle“ gegenüber Fällen aus anderen Rechtsgebieten vorziehen. Das hätte aber die Verlängerung der Verfahrensdauer dieser anderen Fälle zur Folge und wäre aus Gründen der Gleichbehandlung nicht zu verantworten. Im Übrigen sei die zehnjährige Frist bei der Mehrwertsteuer angesichts der Verjährungsfrist von 15 Jahren bei den anderen Steuerarten nicht gerechtfertigt.

Art. 45

Die *Economiesuisse* und die *Treuhand-Kammer* führen an, es sei unverständlich, dass die Bezugsteuer auf Lieferungen von unbeweglichen Gegenständen beibehalten werden solle. Mit dem Abstellen auf den weltweiten Umsatz sei das Problem bei Lieferungen aus dem Ausland hinreichend gelöst. Die *Economiesuisse* beantragt deshalb, Buchstabe c ersatzlos zu streichen. Die *Treuhand-Kammer* verlangt, den Buchstaben c insofern zu modifizieren, dass nur noch die Lieferung von Energie von Unternehmen mit Sitz im Ausland, die nicht im Register der steuerpflichtigen Personen eingetragen sind, an steuerpflichtige Empfänger darunter falle (vgl. Ausführungen zu Art. 10 Abs. 2 Bst. a E-MWSTG). Das *Konsultativgremium* beantragt, im Mehrwertsteuergesetz eine Bestimmung anzufügen, die die Subsidiarität der Bezugsteuer im Verhältnis zur Inlandsteuer explizit stipuliere.

Der *Kanton GR* begrüsst diese Anpassungen, weil damit mehrwertsteuerbedingte Wettbewerbsverzerrungen zwischen in- und ausländischen Unternehmen beseitigt würden.

Art. 70 Abs. 2

Die **Kantone SH, TG und ZH** bevorzugen - entsprechend ihrer ablehnenden Haltung zur Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist - die **Beibehaltung des geltenden Rechts** (Variante Konsultativgremium). Der administrative Aufwand bei einer Verlängerung der Aufbewahrungsfrist sei nicht zumutbar. Die *Kantone UR und TI* unterstützen demgegenüber den Vorschlag des Bundesrates.

Der *Schweizerische Versicherungsverband (SVV)* erachtet die vorgeschlagene bundesrätliche Regelung als nicht praxistauglich und bevorzugt die Beibehaltung des geltenden Rechts. Die *Treuhand-Suisse* und die *Treuhand-Kammer* erklären diese Änderung als unnötig, wenn die bisherige absolute Verjährungsfrist beibehalten werde.

Art. 76

Die Bestimmungen über den Datenschutz werden von den Vernehmlassenden, die dazu Stellung genommen haben, **abgelehnt**. Für den *Schweizerischen Versicherungsverband (SVV)*, die *Economiesuisse* und die *SwissBanking* stehen die Bestimmungen über die Datenbearbeitung und das Informationssystem in keiner Relation zur notwendigen Bearbeitung von Personendaten, sondern würden zu weit gehen. Die rechtmässige Verarbeitung von Daten sei bereits ausführlich und detailliert in den Artikeln 131 ff. MWSTV geregelt.

Treuhand-Suisse verlangt, dass die Einhaltung des Datenschutzes kontrolliert werden müsse. Auch die *Lungenliga Schweiz* bekräftigt, dass das Erfassen, Weitergeben und die Einsichtnahme von und in Daten von natürlichen und juristischen Personen datenschutzrechtlich mit grosser Sorgfalt erfolgen müsse.

Der *Kanton TG* begrüsst die gesetzliche Grundlage zur Bearbeitung von Personendaten. Die Ermächtigung zur Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten sei aber auf den Steuerzweck einzuschränken.

Art. 76a

Der *Schweizerische Versicherungsverband (SVV)* regt an, in Artikel 76a Absatz 1 Buchstabe g E-MWSTG einen klaren Verweis auf die Artikel 96, 98 und 99 MWSTG aufzunehmen. Ferner sei sicherzustellen, dass ein Zugriff auf Daten gemäss Artikel 76a Absatz 2 E-MWSTG externem Fachpersonal nur dann erlaubt sei, wenn es denselben Geheimhaltungspflichten wie die Mitarbeitenden der ESTV unterstände.

Der *Kanton TG* beantragt, den vorgeschlagenen Artikel 76a Absatz 1 Buchstabe i E-MWSTG ersatzlos zu streichen, da es nicht Aufgabe der ESTV sei, Informationssysteme für die Durchführung und Analyse von Tätigkeiten zur Verbrechensbekämpfung zu betreiben. Ferner sei der Inhalt des Artikels 76a Absatz 6 Buchstaben e und f E-MWSTG auf Gesetzesstufe zu regeln.

Art. 86 Abs. 7

Die *Treuhand-Kammer* begrüsst grundsätzlich den Inhalt dieser Norm, sie sei aber zu präzisieren. So müsse auch die Einschätzungsmittelung nach Artikel 79 MWSTG erfasst werden.

Art. 87 Abs. 2

Für den *Kanton TG* ist die aktuelle Formulierung im Sinne eines klaren Gesetzesverständnisses beizubehalten.

Art. 109 Abs. 1

Der *Kanton TG* und der *Schweizerische Versicherungsverband (SVV)* begrüssen den Entwurf.

Art. 115 Abs. 1

Der *Kanton SH*, der *Schweizerische Gemeindeverband*, der *Schweizerische Versicherungsverband (SVV)* und die *Treuhand-Kammer* bevorzugen die Beibehaltung des geltenden Rechts (Variante Konsultativgremium). Der *Kantone SZ, TI* und *UR* sowie der *Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)* unterstützen die Variante des Bundesrates.

Bundesgesetz vom 18. Juni 2010⁴ über die Unternehmens-Identifikationsnummer

Art. 6a

Der *Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)* begrüsst ausdrücklich, dass das *Bundesamt für Statistik (BFS)* Zugriff auf die Versichertennummer der AHV hat, wenn dies zur Identifizierung von natürlichen Personen im Register der Unternehmens-Identifikationsnummern erforderlich ist. Der *Schweizerische Versicherungsverband (SVV)* lehnt diese Bestimmung demgegenüber aus datenschutzrechtlichen Gründen ab.

Art. 11 Abs. 6

Der *Kanton TG* regt an, diese Bestimmung, gemäss welcher die Versichertennummer der AHV nicht öffentlich ist, im MWSTG explizit zu wiederholen.

⁴ SR 431.03

4.3 Zusätzliche Vorschläge aus der Vernehmlassung

Art. 3

Die *Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)*, die *Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH)*, die *Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP)* und *Swissuniversities* regen die Aufnahme einer Definition des Begriffs "unternehmerische Tätigkeit" in Artikel 3 MWSTG an.

Auch die *Schweizerischen Bundesbahnen (SBB)* beantragen eine Regelung der Abgrenzungskriterien für unternehmerische und nicht unternehmerische Tätigkeiten (vgl. Art. 10 Abs. 1^{quater} E-MWSTG).

Art. 3 Bst. j

Die *Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)*, die *Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH)*, die *Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP)* und *Swissuniversities* schlagen eine Ergänzung des geltenden Artikels 3 Buchstabe j MWSTG vor, wonach die Institutionen des Hochschulwesens den gemeinnützigen Organisationen gleichgestellt würden.

Art. 14 Abs. 4

Die *Treuhand-Kammer* schlägt vor, diesen Absatz zu streichen, um die rückwirkende Eintragung auch auf bereits vergangene Steuerperioden zu ermöglichen.

Art. 15 Abs. 4

Der *Kanton TG* schlägt eine Präzisierung dahingehend vor, dass nur die Abtretung von Forderungen von einer steuerpflichtigen Person an *steuerpflichtige* Dritte - und somit nicht an alle Dritte - zu einer subsidiären Haftung führen könne.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 3

Der *Kanton SZ* teilt die Ansicht des Konsultativgremiums, die Ausnahmen für Heilberufe nicht mehr an das Vorliegen einer kantonalen Bewilligung zu koppeln. Die Erteilung einer Berufsausübungsbewilligung dürfe nicht vom Wunsch nach Befreiung von der Mehrwertsteuerpflicht getrieben sein. Ferner sollten keine Situationen entstehen, bei denen Leistungen, die dem Gesundheitsbereich zugeordnet werden können, in einem Fall mehrwertsteuerpflichtig sind und im anderen nicht.

Die *Treuhand-Kammer* beantragt eine andere Formulierung dieser Ziffer, weil die Anwendung einer Steuerausnahme gemäss dem Mehrwertsteuergesetz, das Bundesrecht darstellt, nicht von Voraussetzungen abhängen dürfe, die der kantonale Gesetzgeber bestimmen kann.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 11 Bst. c

Die *Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)*, die *Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH)*, die *Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP)* und *Swissuniversities* schlagen eine Bestimmung hinsichtlich der Gleichstellung von Prüfungsleistungen mit anderen Bildungsleistungen vor. Insbesondere sei sicherzustellen, dass das Erstellen von Prüfungsaufgaben, das im Rahmen einer Prüfungsexpertentätigkeit erfolge, steuerlich analog der Referententätigkeit behandelt werde.

Art. 25 Abs. 2 Bst. a Ziff. 9

Die *Digicomp Academy AG* beantragt, Artikel 25 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer 9 MWSTG dahingehend zu ändern, dass E-Books zum reduzierten Satz besteuert werden. Das Buch als potenzieller Kulturträger müsse steuerlich privilegiert behandelt werden, unabhängig davon, ob es in gedruckter oder elektronischer Form verkauft wird.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 19 Bst. e

Der *Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)* und die *ewz Zürich* beantragen die Aufnahme der Steuerbarkeit der aktuellen und künftigen Energie-Zertifikate ins Gesetz, die der Reduktion oder Kompensation schädlicher Umwelteinflüsse oder der Reduktion des Energieverbrauchs mittels Effizienzmassnahmen dienen (wie z.B. CO₂-Zertifikate, grüne und weisse Zertifikate). In der Praxis zeige sich, dass der physikalische Strom zunehmend unabhängig von der ökologischen Qualität beschafft werde. Nur mit der Wiedereinführung der Steuerbarkeit der Zertifikate könne eine einheitliche und transparente Lösung geschaffen werden.

Art. 21 Abs. 2 Ziff. 20^{bis} (neu)

Der *Hauseigentümerverband (HEV)* beantragt, im Gesetz festzuhalten, dass der Zeitpunkt des Übergangs von Nutzen und Gefahr massgebend für die Klärung der Frage sei, ob eine steuerbare Immobilienlieferung vorliege. Die *Treuhand-Kammer* schlägt vor, dass die Abgrenzung Kaufvertrag - Werkvertrag im MWSTG klar festgehalten werde.

Vorschläge zum Thema Subventionen

Die *Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK)*, die *Conférence Latine des Directeurs Cantonaux des Finances*, die Kantone GR, NE, OW, SO, VD, VS, ZG und ZH und mittels Verweis auf die Stellungnahme der FDK auch die Kantone AG, FR, LU und SG halten fest, dass Subventionen und andere öffentlich-rechtliche Beiträge im Allgemeinen nicht als Gegenleistung im Sinn des MWSTG betrachtet werden dürften, selbst wenn sie aufgrund eines Leistungsauftrages oder einer Programmvereinbarung ausgerichtet werden.

Die *Conférence Latine des Directeurs Cantonaux des Finances* sowie die Kantone FR, JU, NE, VD und VS schlagen eine Ergänzung der Liste der Begriffsdefinitionen in Artikel 3 MWSTG vor: Zusätzlich soll eine Definition von Subventionen aufgenommen werden und zwar im Sinne des Artikels 3 des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1990 über Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionsgesetz)⁵.

Art. 18 Abs. 2 Bst. a

Die *Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)*, die *Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH)*, die *Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP)* und *Swissuniversities* regen eine Ergänzung dieser Bestimmung in dem Sinne an, dass bei entsprechenden Rechtsgeschäften unabhängig ihrer Bezeichnung kein Leistungsverhältnis vermutet werde.

Vorschläge zum Thema Gemeinwesen

Der *Schweizerische Städteverband* schlägt vor, zu prüfen, ob die Kantinen von Städten und Gemeinden, die ihre Leistungen oft sozial benachteiligten Menschen anbieten, generell - teilweise oder vollständig - von der Mehrwertsteuer befreit werden könnten.

⁵ SR 616.1

Der *Schweizerische Städteverband* fordert eine voraussetzungslose Rückerstattung der von den Gemeinwesen bezahlten Vorsteuern.

**Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes
(Umsetzung der Motion WAK-N 13.3362)**

**Révision partielle de la loi fédérale régissant la taxe sur la valeur ajoutée
(Mise en œuvre de la motion CER-N 13.3362)**

**Revisione parziale della legge sull'IVA
(Attuazione della mozione CET-N 13.3362)**

**Verzeichnis der Vernehmlassungsadressaten
Liste des destinataires de la procédure de consultation
Elenco dei destinatari della procedura di consultazione**

Kantone / Cantons / Cantoni			
Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
1	Staatskanzlei des Kantons Zürich	ZH	Kaspar Escher-Haus 8090 Zürich
2	Staatskanzlei des Kantons Bern	BE	Postgasse 68 3000 Bern 8
3	Staatskanzlei des Kantons Luzern	LU	Bahnhofstrasse 15 6002 Luzern
4	Standeskanzlei des Kantons Uri	UR	Postfach 6460 Altdorf
5	Staatskanzlei des Kantons Schwyz	SZ	Postfach 6431 Schwyz
6	Staatskanzlei des Kantons Obwalden	OW	Rathaus Postfach 1562 6061 Sarnen
7	Staatskanzlei des Kantons Nidwalden	NW	Staatskanzlei Dorfplatz 2 Postfach 1246 6371 Stans
8	Regierungskanzlei des Kantons Glarus	GL	Rathaus 8750 Glarus
9	Staatskanzlei des Kantons Zug	ZG	Postfach 156 6301 Zug
10	Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg	FR	Rue des Chanoines 17 1701 Fribourg
11	Staatskanzlei des Kantons Solothurn	SO	Rathaus Barfässerstrasse 24 4509 Solothurn
12	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt	BS	Rathaus, Postfach 4001 Basel
13	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft	BL	Rathausstrasse 2 4410 Liestal
14	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen	SH	Beckenstube 7 8200 Schaffhausen
15	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden	AR	Regierungsgebäude Postfach 9102 Herisau
16	Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden	AI	Marktgasse 2 9050 Appenzell
17	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen	SG	Regierungsgebäude 9001 St. Gallen

Kantone / Cantons / Cantoni

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
18	Standeskanzlei des Kantons Graubünden	GR	Reichsgasse 35 7001 Chur
19	Staatskanzlei des Kantons Aargau	AG	Regierungsgebäude 5001 Aarau
20	Staatskanzlei des Kantons Thurgau	TG	Regierungsgebäude 8510 Frauenfeld
21	Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	TI	Residenza Governativa 6501 Bellinzona
22	Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud	VD	Château cantonal 1014 Lausanne
23	Chancellerie d'Etat du Canton du Valais	VS	Palais du Gouvernement 1950 Sion
24	Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel	NE	Château 2001 Neuchâtel
25	Chancellerie d'Etat du Canton de Genève	GE	Rue de l'Hôtel-de-Ville 2 1211 Genève 3
26	Chancellerie d'Etat du Canton du Jura	JU	Rue du 24-Septembre 2 2800 Delémont
27	Konferenz der Kantonsregierungen Conférence des Gouvernements cantonaux Conferenza dei Governi cantonali	KdK CdC CdC	Sekretariat Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 444 3000 Bern 7

Fürstentum Liechtenstein / Principauté de Liechtenstein / Principato del Liechtenstein

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
28	Regierung des Fürstentums Liechtenstein		Regierungsgebäude FL-9490 Vaduz

Bundesgerichte / Tribunaux fédéraux / Tribunali federali

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
29	Schweizerisches Bundesgericht Tribunal fédéral Tribunale federale	BGer TF TF	Av. du Tribunal fédéral 29 1000 Lausanne 14
30	Bundesverwaltungsgericht Tribunal administratif fédéral Tribunale amministrativo federale	BvGer TaF TaF	Postfach 9023 St. Gallen
31	Bundesstrafgericht Tribunal pénal fédéral Tribunale penale federale	BsGer TpF TpF	Cancelleria Casella postale 2720 6501 Bellinzona

Politische Parteien⁶ / Partis politiques / Partiti politici

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
32	Christlichdemokratische Volkspartei Parti démocrate-chrétien Partito popolare democratico	CVP PDC PPD	Postfach 5835 3001 Bern
33	FDP.Die Liberalen PLR.Les Libéraux-Radicaux PLR.I Liberali Radicali	FDP PLR PLR	Sekretariat Fraktion und Politik Neuengasse 20 Postfach 6136 3011 Bern
34	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito socialista svizzero	SPS PSS PSS	Postfach 7876 3001 Bern
35	Schweizerische Volkspartei Union Démocratique du Centre Unione Democratica di Centro	SVP UDC UDC	Postfach 8252 3001 Bern
36	Bürgerlich-Demokratische Partei Parti bourgeois-démocratique Partito borghese democratico	BDP PBD PBD	BDP Schweiz Postfach 119 3000 Bern 6
37	Christlich-soziale Partei Obwalden Parti chrétien-social du canton d'Obwald Partito cristiano sociale del Cantone di Obwald	CSP-OW	c/o Stefan Keiser Enetriederstrasse 28 6060 Sarnen
38	Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis Parti chrétien-social du Haut-Valais Partito cristiano sociale dell'Alto Vallese		Geschäftsstelle CSPO Postfach 3980 Visp
39	Evangelische Volkspartei der Schweiz Parti évangélique suisse Partito evangelico svizzero	EVP PEV PEV	Nägeligasse 9 Postfach 294 3000 Bern 7
40	Grüne Partei der Schweiz Parti écologiste suisse Partito ecologista svizzero	GPS PES PES	Waisenhausplatz 21 3011 Bern
41	Grünes Bündnis Alliance Verte Alleanza Verde	GB AVeS AVeS	Waisenhausplatz 21 3011 Bern
42	Grünliberale Partei Parti vert'libéral Partito verde liberale	GLP PVL PVL	Postfach 367 3000 Bern 7
43	Lega dei Ticinesi	Lega	Lega dei Ticinesi Casella postale 4562 6904 Lugano
44	Mouvement Citoyens Romand	MCR	c/o Mouvement Citoyens Genevois (MCG) Case postale 340 1211 Genève 17

⁶ In der Bundesversammlung vertretene Parteien, gemäss Liste der BK vom 15. Dezember 2011. Partis représentés à l'Assemblée fédérale d'après la liste de la Chancellerie fédérale du 15 décembre 2011. Partiti rappresentati nell'Assemblea federale secondo l'elenco della Cancelleria federale del 15 dicembre 2011.

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
Associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne
Associazioni mantello nazionali dei Comuni, delle città e delle regioni di montagna

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
45	Schweizerischer Gemeindeverband Association des Communes suisses Associazione dei Comuni Svizzeri	SGemV ACS ACS	Laupenstrasse 35 Postfach 8022 3001 Bern
46	Schweizerischer Städteverband Union des villes suisses Unione delle Città Svizzere	SSV USV UCS	Monbijoustr. 8 Postfach 8175 3001 Bern
47	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete Groupement suisse pour les régions de montagne Gruppo svizzero per le regioni di montagna	SAB SAB SAB	Postfach 7836 3001 Bern

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft
Associations faîtières de l'économie qui oeuvrent au niveau national
Associazioni mantello nazionali dell'economia

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
48	Economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss business federation	economie- suisse	Postfach 8032 Zürich
49	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers Unione svizzera delle arti e mestieri	SGV USAM USAM	Postfach 3001 Bern
50	Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori	SAGV UPS UPS	Hegibachstrasse 47 Postfach 8032 Zürich
51	Schweizerischer Bauernverband Union suisse des paysans Unione svizzera dei contadini	SBV USP USC	Haus der Schweizer Bauern Laurstrasse 10 5200 Brugg
52	Schweizerische Bankiervereinigung Association suisse des banquiers Associazione svizzera dei banchieri Swiss Bankers Association	SBV ASB ASB	Postfach 4182 4002 Basel
53	Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera	SGB USS USS	Postfach 3000 Bern 23
54	Kaufmännischer Verband Schweiz Société suisse des employés de commerce Società svizzera degli impiegati di commercio	KV Schweiz SEC Suisse SIC Svizzera	Postfach 1853 8027 Zürich
55	Arbeitgeberverband der Schweizer Dentalbranche Association patronale suisse de la branche dentaire	asd	Moosstrasse 2 3073 Gümligen
56	Travail.Suisse		Postfach 5775 3001 Bern

Finanzbehörden und Steuer-Organisationen
Autorités financières et organisations fiscales
Autorità finanziarie e organizzazioni fiscali

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
57	Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances Conferenza dei direttori cantionali delle finanze	FDK CDF CDCF	Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 3000 Bern 7
58	Schweizerische Nationalbank Banque nationale suisse Banca nazionale svizzera	SNB BNS BNS	Bundesplatz 1 3003 Bern
59	Schweizerische Steuerkonferenz Conférence suisse des impôts Conferenza fiscale Svizzera	SSK CSI CFS	c/o Administration cantonale des impôts Frau Christiane Schaffer Secrétaire générale CSI Route de Berne 46 1014 Lausanne
60	Städtische Steuerkonferenz Schweiz Conférences des villes suisses sur les impôts		c/o Finanzdirektion der Stadt Biel, Hr. U. Stauffer Rüschlistrasse 14 2502 Biel
61	Schweizerische Vereinigung diplomierter Steuerexperten Association suisse des experts fiscaux diplômés Associazione svizzera esperti fiscali diplomati	SVDS ASEFiD	c/o Frau Danielle Wenger Bellerivestrasse 201 8034 Zürich
62	Schweizerische Vereinigung für Steuerrecht Association suisse de droit fiscal Associazione svizzera di diritto fiscale (International Fiscal Association)	IFA IFA IFA IFA	c/o Ludwig & Partner AG Hr. Dr. H. Ludwig St. Alban-Vorstadt 110 4052 Basel
63	Eidgenössische Erlasskommission Commission fédérale de remise Commissione federale di condono	EEK CFR CFC	c/o ESTV Eigerstrasse 65 3003 Bern

Regionale Direktorenkonferenzen
Conférences régionales des gouvernements
Conferenze dei direttori cantionali regionali

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
64	Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale Westschweizer Regierungskonferenz Conf. dei Governi cantionali della Svizzera occidentale	CGSO WRK CGSO	Bd de Pérolles 33 1700 Fribourg
65	Konferenz der Ostschweizer Kantonsregierungen Conf. des Gouvernements de Suisse orientale Conf. dei Governi cantionali della Svizzera orientale		Staatskanzlei Regierungsgebäude 9001 St.Gallen
66	Regierungskonferenz der Gebirgskantone Conf. des Gouvernements des cantons de montagne Conf. dei Governi dei Cantoni di montagna		Hinterm Bach 6 Postfach 658 7002 Chur
67	Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz Conf. des Gouvernements de Suisse du nord-ouest Conf. regionale dei Governi della Svizzera nord-occ.		c/o Landeskantlei BL Rathausstrasse 2 4410 Liestal
68	Zentralschweizer Regierungskonferenz Conf. des Gouvernements de Suisse centrale Conf. dei Governi della Svizzera centrale	ZRK	Sekretariat Dorfplatz 2 6371 Stans

Hochschulen und andere Bildungsinstitutionen
Universités et autres institutions de formation
Università e altri istituti di formazione

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
69	Universität Bern, Institut für Steuerrecht Université de Berne, institut de droit fiscal Università di Berna, istituto di diritto fiscale		Hallerstrasse 6 3012 Bern
70	Universität Zürich, Lehrstuhl für Steuer-, Finanz- und Verwaltungsrecht Université de Zurich, chaire de droit fiscal, droit financier et droit administratif Università di Zurigo, cattedra di diritto fiscale, diritto finanziario e diritto amministrativo		Rämistrasse 74 / 21 8001 Zürich
71	Universität St. Gallen, Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht Université de St-Gall, institut des finances publiques et de droit fiscal Università di San Gallo, istituto di finanze pubbliche e di diritto fiscale		Varnbühlstrasse 19 9000 St.Gallen
72	Universität Luzern, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Steuerrecht Université de Lucerne, faculté de droit, chaire de droit fiscal Università di Lucerna, facoltà di diritto, cattedra di diritto fiscale		Hofstrasse 9 Postfach 7464 6000 Luzern 7
73	Universität Freiburg, Lehrstuhl für Steuerrecht Université de Fribourg, chaire de droit fiscal Università di Friburgo, cattedra di diritto fiscale		Beauregard 13 1700 Freiburg
74	Université de Genève, faculté de droit, département de droit administratif et fiscal Universität Genf, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Abteilung für Verwaltungs- und Steuerrecht Università di Gineva, facoltà di diritto, dipartimento di diritto amministrativo e fiscale	ADFI	40, Boulevard du Pont- d'Arve 1211 Genève 4
75	Université de Neuchâtel, faculté de droit Universität Neuenburg, Rechtswissenschaftliche Fakultät Università di Neuchâtel, facoltà di diritto		M. Robert Danon Professeur Avenue du 1er-Mars 26 2000 Neuchâtel
76	Universität Basel, Juristische Fakultät Université de Bâle, faculté de droit Università di Basilea, facoltà di diritto		Prof. Dr. iur. Urs Behnisch Peter Merian-Weg 8 Postfach 4002 Basel
77	Université de Lausanne, faculté de droit Universität Lausanne, Juristische Fakultät Università di Losanna, facoltà di diritto		Faculté de Droit (Déca- nat) Quartier UNIL - Dorigny Bâtiment Internef 212 1015 Lausanne

Übrige Organisationen und Interessenten
Autres organisations et personnes intéressées
Altre organizzazioni e persone interessate

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
78	Angestellte Schweiz Employés Suisse		c/o Virginie Jaquet Rigiplatz 1 Postfach 8033 Zürich
79	Association des banquiers privés suisses Vereinigung Schweiz. Privatbankiers	VSPB ABPS	8 rue Bovy-Lysberg 1211 Genève 11
80	Association suisse de golf Schweizerischer Golfverband Associazione svizzera di golf	ASG	Place de la Croix- Blanche 19 1066 Epalinges
81	Association Suisse des Diffuseurs, Editeurs et Librairies	ASDEL	18 av. de la Gare CP 529 1001 Lausanne
82	Autogewerbeverband der Schweiz Union professionnelle suisse de l'automobile Unione professionale svizzera dell'automobile	AGVS UPSA UPSA	Mittelstrasse 32 Postfach 5232 3001 Bern
83	Automobil Club der Schweiz Automobile Club de Suisse Automobile Club Svizzero	ACS	Wasserwerksgasse 39 3000 Bern 13
84	Beratungsstelle für Unfallverhütung Bureau de prévention des accidents Ufficio prevenzione infortuni	BFU bpa upi	Hodlertrasse 5a 3011 Bern
85	Blutspende SRK Schweiz AG Transfusion CRS Suisse Transfusione CRS Svizzera		Laupenstrasse 37 Postfach 5510 3001 Bern
86	Caritas Schweiz Caritas Suisse Caritas Svizzera		Löwenstrasse 3 6002 Luzern
87	Centre Patronal	CP	Monbijoustrasse 14 Postfach 5236 3001 Bern
88	Chemie Pharma Schweiz	SGCI	Nordstrasse 15 Postfach 8035 Zürich
89	Conférence latine des Directeurs cantonaux des finances		Secrétariat: Canton du Valais Département des fi- nances, des institutions et de la santé Villa de Riedmatten Avenue Ritz 1 1951 Sion
90	Coop Genossenschaft	Coop	Thiersteinallee 14 4002 Basel
91	Dachverband der schweizerischen Luft- und Raumfahrt Fédération faîtière de l'aéronautique et de l'aérospatiale suisses Associazione mantello dell'aeronautica svizzera	AERO- SUISSE	Monbijoustrasse 14 Postfach 5236 3001 Bern
92	Dachverband gemeinnütziger Stiftungen der Schweiz Association faîtière des fondations d'utilité publique de Suisse	Pro-Fonds	Dufourstrasse 49 4052 Basel
93	Die Schweizerische Post La Poste Suisse La Posta Svizzera	Die Post La Poste La Posta	Viktoriastrasse 21 3030 Bern

Übrige Organisationen und Interessenten
Autres organisations et personnes intéressées
Altre organizzazioni e persone interessate

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
94	Digicomp Academy AG		Bubenbergplatz 11 3011 Bern
95	Ecole polytechnique fédérale de Lausanne	EPFL	AI 527 (Bâtiment BI) Station 7 1015 Lausanne
96	Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit	EKAS	Fluhmattstrasse 1 Postfach 6002 Luzern
	Commission fédérale de coordination pour la sécurité au travail	CFST	
	Commissione federale di coordinamento per la sicurezza sul lavoro	CFSL	
97	ewz Zürich		Tramstrasse 35 Postfach 8050 Zürich
98	Fédération des Entreprises Romandes	FER	98, rue de Saint-Jean Case postale 5278 1211 Genève 11
99	Fédération romande immobilière	FRI	Rue du Midi 15 Case postale 5607 1002 Lausanne
100	Festspiele Zürich		Rämistrasse 4 8001 Zürich
101	Gesundheitsförderung Schweiz		Dufourstrasse 30 Postfach 311 3000 Bern 6
	Promotion Santé Suisse		
	Promozione Salute Svizzera		
102	Groupement Suisse des Conseils en Gestion Indépendants	GSCGI	3, rue du Vieux-Collège Case postale 3255 1211 Genève 3
	Schweizerische Vereinigung unabhängiger Finanzberater		
	Associazione Svizzera dei Consulenti Finanziari Indipendenti		
103	Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz	HEKS	Stampfenbachstr. 123 Postfach 332 8035 Zürich
	Entraide protestante Suisse	EPER	
104	Institut für fortschrittliche Rechnungslegung	IFR	Aarehuus Gerberngasse 4 4502 Solothurn
105	Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz	IG DHS	Geschäftsstelle IG DHS Postfach 5815 3001 Bern
	Communauté d'intérêt du commerce de détail suisse	CI CDS	
106	Interkantonaler Verband für Arbeitnehmerschutz	IVA	Dr. Peter Meier Postfach 8090 Zürich
107	Kunsthandelsverband der Schweiz		Postfach 922 8044 Zürich
	Association du Commerce d'Art de la Suisse		
108	Lungenliga Schweiz		Chutzenstrasse 10 3007 Bern
	Ligue pulmonaire Suisse		
	Lega pulmonare Svizzera		
	Lia pulmonara Svizra		
109	Mehrwertsteuer-Konsultativgremium		c/o ESTV MWST Schwarztorstrasse 50 3003 Bern
	Organe consultatif en matière de TVA		
	Organo consultivo per l'IVA		
110	Municipalité de Lausanne		Sécretariat municipal Place de la palud 2 Case postale 6904 1002 Lausanne

Übrige Organisationen und Interessenten
Autres organisations et personnes intéressées
Altre organizzazioni e persone interessate

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
111	Municipalité de Lausanne		Secrétariat municipal place de la Palud 2 case postale 6904 1002 Lausanne
112	PC Engines GmbH		Flughofstrasse 58 8152 Glattbrugg
113	Pro Infirmis		Postfach 8032 Zürich
114	Pro Juventute Schweiz Pro Juventute Suisse Pro Juventute Svizzera		Seehofstrasse 15 Postfach 8032 Zürich
115	Pro Senectute Schweiz Pro Senectute Suisse Pro Senectute Svizzera		Lavaterstrasse 60 Postfach 8027 Zürich
116	Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz Conférence des recteurs des hautes écoles spéciali- sées suisses Conferenza dei Rettori delle scuole Universitarie Pro- fessionali Svizzere	KFH	Falkenplatz 9 Postfach 710 3000 Bern 9
117	Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten Conférence des Recteurs des Universités Suisses Conferenza dei Rettori delle Università Svizzere	CRUS	Postfach 607 3000 Bern 9
118	Schweiz. Gesellschaft f. internationale Zusammenarbeit Ass. suisse pour la coopération internationale Ass. svizzera per la cooperazione internazionale	Helvetas	Weinbergstrasse 22a Postfach 8021 Zürich
119	Schweizer Berghilfe Aide Suisse aux Montagnards Aiuto Svizzero alla Montagna		Soodstrasse 55 8134 Adliswil
120	Schweizer Buchhändler- und Verleger-Verband	sbvv	Alderstrasse 40 Postfach 8034 Zürich
121	Schweizer Cafetier Verband CafetierSuisse	SCV	Bleicherweg 54 8002 Zürich
122	Schweizer Casino Verband Fédération Suisse des Casinos Federazione Svizzera dei Casinò		Marktgasse 50 Postfach 593 3000 Bern 7
123	Schweizer Detaillistenverband	SDV	Burgerstrasse 17 Postfach 2625 6002 Luzern
124	Schweizer Hotelier-Verein Société suisse des hôteliers Società Svizzera degli Albergatori	hotelle- riesuisse	Monbijoustrasse 130 3007 Bern
125	Schweizer Musikrat Conseil suisse de la musique Consiglio Svizzero della Musica	SMR CSM	Generalsekretariat Haus der Musik Gönhardweg 32 Postfach 3839 5001 Aarau
126	Schweizer Schiesssportverband Fédération sportive suisse de tir Federazione sportiva svizzera di tiro	SSV FST	Lidostrasse 6 6006 Luzern
127	Schweizer Tourismus-Verband Fédération suisse de tourisme Federazione svizzera del turismo	STV FST FST	Postfach 8275 3001 Bern
128	Schweizer Verband unabhängiger Effektenhändler Swiss Association of Independent Securities Dealers	SVUE	Sempacherstrasse 15 CH-8032 Zürich

Übrige Organisationen und Interessenten
Autres organisations et personnes intéressées
Altre organizzazioni e persone interessate

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
129	Schweizerische Bundesbahnen Chemins de fer fédéraux suisses Ferrovie federali svizzere	SBB CFF FFS	Hochschulstrasse 6 3000 Bern 65
130	Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft Société suisse d'utilité publique Società svizzera di utilità pubblica	SGG SSUP SSUP	Schaffhauserstrasse 7 8042 Zürich
131	Schweizerische Gesundheitsligen-Konferenz Conférence nationale suisse des ligues de la santé Conferenza nazionale svizzera delle leghe per la salute	GELIKO	Josefstrasse 92 8005 Zürich
132	Schweizerische Herzstiftung Fondation Suisse de Cardiologie Fondazione Svizzera die Cardiologia		Schwarztorstrass 18 Postfach 368 3000 Bern 14
133	Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen Conférence suisse des rectrices et recteurs des hautes écoles pédagogiques Conferenza svizzera delle rettrici e dei rettori delle Al- te scuole pedagogiche	COHEP	Thunstrasse 43a 3005 Bern
134	Schweizerische Stiftung für Entwicklungszusammenar- beit Fond. Suisse pour la coopération au développement Fond. Svizzera per la cooperazione allo sviluppo	Swissaid	Jubiläumsstrasse 60 3000 Bern 6
135	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'acci- dents Istituto nazionale svizzero di assicurazione contro gli infortuni	SUVA CNA	Fluhmattstrasse 1 6002 Luzern
136	Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter Association suisse des Magistrats de l'ordre judiciaire Associazione svizzera dei magistrati	SVR ASM ASM	c/o Mia Fuchs Bundesverwaltungsge- richt Postfach 9023 St. Gallen
137	Schweizerischer Anlagefondsverband Swiss Funds & Asset Management Association	SFAMA	Dufourstrasse 49 Postfach 4002 Basel
138	Schweizerischer Anwaltsverband Fédération Suisse des Avocats Federazione Svizzera degli Avvocati	SAV FSA FSA	Marktgasse 4 Postfach 8321 3001 Bern
139	Schweizerischer Apothekerverein Société suisse des pharmaciens Società svizzera dei farmacisti	pharma- Suisse	Stationsstrasse 12 Postfach 3097 Bern - Liebefeld
140	Schweizerischer Baumeisterverband Société Suisse des Entrepreneurs Società Svizzera degli Impresari-Costruttori	SBV SSE SSIC	Weinbergstrasse 49 Postfach 8045 Zürich
141	Schweizerischer Drogistenverband Association suisse des droguistes	SDV ASD	Nidaugasse 15 2502 Biel
142	Schweizerischer Fussballverband Association suisse de football Associazione svizzera di football	SFV ASF	Postfach 3000 Bern 15
143	Schweizerischer Hauseigentümerverband Association suisse des propriétaires fonciers Associazione svizzera dei proprietari immobiliari	HEV APF API	HEV Schweiz Postfach 8032 Zürich
144	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein Société suisse des ingénieurs et des architectes Società svizzera degli ingegneri e architetti	SIA SSIA SSIA	Selnaustrasse 16 Postfach 8027 Zürich

Übrige Organisationen und Interessenten
Autres organisations et personnes intéressées
Altre organizzazioni e persone interessate

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
145	Schweizerischer Juristenverein Société suisse des juristes Società svizzera dei giuristi	SJV SSJ SSG	c/o Christian L. Friedli Postfach 1771 8021 Zürich
146	Schweizerischer landwirtschaftlicher Treuhänderverband Association Suisse des Fiduciaires agricoles Associazione Svizzera dei Fiduciari agricoli	SLTV ASFA ASFA	Nebiker Treuhand AG Hauptstrasse 1 4450 Sissach
147	Schweizerischer Leasingverband Association suisse des sociétés de Leasing	SLV ASSL	Rämistrasse 5 Postfach 8024 Zürich
148	Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband Association suisse des locataires Associazione Svizzera Inquilini	SMV ASLOCA ASI	Generalsekretariat Michael Töngi 3000 Bern
149	Schweizerischer Notarenverband Fédération Suisse des Notaires Federazione Svizzera dei Notai	SNV FSN FSN	Thunstrasse 264 3074 Muri
150	Schweizerischer Nutzfahrzeugverband Association suisse des transports routiers Associazione svizzera dei trasportatori stradali	ASTAG	Weissenbühlweg 3 3000 Bern 14
151	Schweizerischer Pensionskassenverband Association suisse des institutions de prévoyance Associazione svizzera delle Istituzioni di previdenza	ASIP	Kreuzstrasse 26 8008 Zürich
152	Schweizerischer Reise-Verband Fédération Suisse du Voyage Swiss Travel Association	SRV FSV STA	Etzelstrasse 42 8038 Zürich
153	Schweizerischer Skiverband Fédération Suisse de ski Federazione Svizzera Sci	swiss-ski	Worbstrasse 52 Postfach 478 3074 Muri b. Bern
154	Schweizerischer Tennisverband Association Suisse de tennis Associazione Svizzera di tennis	swisstennis	Solothurnstrasse 112 Postfach 2501 Biel
155	Schweizerischer Treuhänder-Verband Union Suisse des Fiduciaires Unione Svizzera dei Fiduciari	STV USF USF	Schwarztorstrasse 26 Postfach 8108 3001 Bern
156	Schweizerischer Turnverband Fédération suisse de gymnastique Federazione svizzera di ginnastica	STV FSG	Geschäftsstelle Bahnhofstrasse 38 5000 Aarau
157	Schweizerischer Verband der Immobilienwirtschaft Association suisse des professionnels de l'immobilier l'économie immobilière Associazione svizzera dell'economia immobiliare	SVIT	Giessereistrasse 18 8005 Zürich
158	Schweizerischer Verband freier Berufe Union suisse des professions libérales Unione svizzera delle professioni liberali	SVFB USPL	Schwarztorstrasse 26 Postfach 8166 3011 Bern
159	Schweizerischer Verband für Pferdesport Fédération suisse des sports équestres Federazione svizzera sport equestri		Papiermühlestr. 40 h Postfach 726 3000 Bern 22
160	Schweizerischer Verband für Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen	VEB	Talacker 34 Postfach 1262 8021 Zürich
161	Schweizerischer Verband für visuelle Kommunikation Association suisse pour la communication visuelle Associazione svizzera per la comunicazione visuale	Viscom	Speichergasse 35 3000 Bern 7
162	Schweizerischer Versicherungsverband Association Suisse d'Assurances Associazione Svizzera d'Assicurazioni	SVV ASA ASA	C.F. Meyer-Strasse 14 Postfach 4288 CH-8022 Zürich

Übrige Organisationen und Interessenten
Autres organisations et personnes intéressées
Altre organizzazioni e persone interessate

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
163	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk OEuvre suisse d'entraide ouvrière Soccorso operaio svizzero	SAH OSEO SOS	Quellenstrasse 31 Postfach 2228 8031 Zürich
164	Schweizerisches Rotes Kreuz Croix-Rouge Suisse Croce Rossa Svizzera	SRK CRS	Rainmattstrasse 10 3001 Bern
165	Selecta AG	selecta	Industrie Neuhof 78 3422 Kirchberg
166	Services industriels de Genève	sig-ge	Case postale 2777 1211 Genève 2
167	Sport-Toto-Gesellschaft Société du Sport-Toto	STG SST	Lange Gasse 10 Postfach 4002 Basel
168	strasseschweiz - Verband des Strassenverkehrs routesuisse - Fédération routière suisse		Mittelstrasse 32 Postfach 8224 3001 Bern
169	Swiss Ice Hockey		Hagenholzstrasse 81 Postfach 8050 Zürich
170	Swiss Olympic Association		Postfach 606 3000 Bern 22
171	Swiss Retail Federation		Bahnhofplatz 1 Postfach 3000 Bern 7
172	Swisslos - Interkantonale Landeslotterie Swisslos - Loterie Intercantonale Swisslos - Loteria Intercantonale		Lange Gasse 20 Postfach 4002 Basel
173	swissmem		Postfach 8032 Zürich
174	swissuniversities		Sennweg 2 3012 Bern
175	Touring Club Schweiz Touring Club Suisse Touring Club Svizzero	TCS	Ch. de Blandonnet 4 Case postale 820 1214 Vernier
176	Treuhand-Kammer / Schweizerische Kammer der Wirtschaftsprüfer, Steuerexperten und Treuhandexperten Chambre fiduciaire, Chambre suisse des experts comptables, fiduciaires et fiscaux Camera fiduciaria, Camera fiduciaria svizzera degli esperti-contabili, fiduciari e fiscali		Limmatquai 120 Postfach 1477 8021 Zürich
177	Treuhand-Suisse / Schweizerischer Treuhänderverband Fiduciaire-Suisse, Union Suisse des Fiduciaires Fiduciari-Suisse, Unione Svizzera dei Fiduciari		Monbijoustrasse 20 Postfach 8520 3001 Bern
178	Vending Verband Schweiz Vending Association Suisse Vending Associazione Svizzera	VVS VAS	Sandstrasse 7e 3322 Schönbühl
179	Verband der Auslandbanken in der Schweiz Association des Banques Etrangères en Suisse Associazione delle Banche Estere in Svizzera	VAS ABES	Postfach 1211 8021 Zürich
180	Verband der Industrie- und Dienstleistungskonzerne in der Schweiz Fédération des groupes industriels et de services en Suisse	SwissHold- ings	Nägeligasse 13 Postfach 402 3000 Bern 7
181	Verband der Schweizerischen Edelsteinbranche	VSE	Postfach 359 3000 Bern 7

Übrige Organisationen und Interessenten
Autres organisations et personnes intéressées
Altre organizzazioni e persone interessate

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
182	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Association suisse de l'industrie gazière Associazione svizzera dell'industria del gas	VSG ASIG ASIG	Postfach 1756 8027 Zürich
183	Verband des Schweizerischen Versandhandels Association Suisse de Vente à Distance	VSV ASVAD	Bahnhofplatz 1 3011 Bern
184	Verband für Hotellerie und Restauration Fédération de l'hôtellerie et de la restauration Federazione per l'albergheria e la ristorazione	Gastrosuisse	Blumenfeldstrasse 20 8046 Zürich
185	Verband öffentlicher Verkehr Union des transports publics Unione dei trasporti pubblici	VöV UTP	Dählhölzliweg 12 3000 Bern 6
186	Verband Schweizer Förderstiftungen Association des fondations donatrices suisses Associazione delle fondazioni donatrici svizzere	SwissFound ations	Haus der Stiftungen Kirchgasse 42 8001 Zürich
187	Verband schweizerischer Antiquare und Kunsthändler Le Syndicat Suisse des Antiquaires et Commerçants d'Art Sindacato svizzero degli antiquari e commercianti d'arte	VSKA SSACA SSACA	Jacqueline Aden Hürst Kirchgasse 28 8001 Zürich
188	Verband schweizerischer Antiquare und Restauratoren	VSAR	Régine Giroud In Gassen 6 8001 Zürich
189	Verband schweizerischer Auktionatoren von Kunst und Kulturgut		Dr. Kuno Fischer Haldenstrasse 19 6006 Luzern
190	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen Association des entreprises électriques suisses Associazione delle aziende elettriche svizzere	VSE AES AES	Hint. Bahnhofstrasse 10 Postfach 5001 Aarau
191	Verband Schweizerischer Elektroinstallationsfirmen Union Suisse des Installateurs-Electriciens Unione Svizzera degli Installatori Elettricisti	VSEI USIE USIE	Limmatstrasse 63 8005 Zürich
192	Verband schweizerischer Galerien Association des galeries suisses Associazione delle gallerie svizzere	VSG AGS AGS	c/o Galerie Bernhard Bischoff & Partner Waisenhausplatz 30 Postfach 6259 3001 Bern
193	Verband Schweizerischer Kantonalbanken Union des Banques Cantionales Suisses Unione delle Banche Cantionali Svizzere	VSKB UBCS UBCS	Wallstrasse 8 Postfach 4002 Basel
194	Verband Schweizerischer Kreditbanken und Finanzierungsinstitute Association Suisse des Banques de Crédit et Etablissements de Financement	VSKF ASBCEF	c/o Dr.iur. R. Simmen Rechtsanwalt Toblerstrasse 97 8044 Zürich
195	Verband schweizerischer Speditions- und Logistikunternehmen Association suisse des transitaires et des entreprises de logistique Associazione svizzera delle imprese di spedizione e logistica	SPEDLOGS- WISS	Postfach 4002 Basel
196	Verband Schweizerischer Vermögensverwalter Association Suisse des Gérants de fortune Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni	VSV ASG ASG	Bahnhofstrasse 35 8001 Zürich
197	Vereinigung der privaten Aktiengesellschaften Association des sociétés anonymes privées	VPAG ASAP	St. Jakobs-Strasse 7 Postfach 2879 4002 Basel

Übrige Organisationen und Interessenten
Autres organisations et personnes intéressées
Altre organizzazioni e persone interessate

Nr.	Adressaten / Destinataires / Destinatari	Abk. Abrév. Abbrev.	Adresse Adresse Indirizzo
198	Vereinigung Schweiz. Automobil-Importeure Association Importateurs Suisses d'automobiles	auto-schweiz auto-suisse	Mittelstrasse 32 Postfach 5232 3001 Bern
199	Vereinigung Schweiz. Handels- und Verwaltungsbanken Ass. de Banques Suisses Commerciales et de Gestion Ass. di Banche Svizzere Commerciali e di Gestione	VHV BCG BCG	Selnaustrasse 30 Postfach 8021 Zürich
200	Verkehrs-Club der Schweiz Association Transports et Environnement Associazione Traffico e Ambiente	VCS ATE ATA	Lagerstrasse 41 Postfach 3360 Herzogenbuchsee
201	VSIG — Handel Schweiz VSIG — Commerce Suisse VSIG — Commercio Svizzera	VSIG	Güterstrasse 78 Postfach 4010 Basel
202	Winterhilfe Schweiz Secours suisse d'hiver Soccorso svizzero d'inverno		Clausiusstrasse 45 8006 Zürich
203	WWF Schweiz WWF Suisse		Hohlstrasse 110 Postfach 8010 Zürich
204	Zentralverband Staats- und Gemeindepersonal Schweiz Fédération centrale du Personnel des cantons et des communes de la Suisse	ZV FC	Sekretariat Langhaus 3 Postfach 1863 5401 Baden